Einzelverkaufspreis : 1. 50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 107 10. 1. 1976



D 22354 C

I N L A N D

A U S L A N D

E R K L Ä R U N G E N

herausgeber :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

monatsabo : 6 DM
gegen vorkasse

druck : eigendruck

HAUSMITTEILUNG

Das neue Jahr hat mit einer Panne angefangen. Der Composer-Motor hauchte zweimal sein mechanisches Leben aus, was unsere Produktion soweit in Zeitdruck brachte, daß viele Meldungen unterbleiben mußten. Das erklärt den etwas geringern Umfang dieser Nummer. So weit wie möglich werden wir das ausgefallene in der nächsten Nummer nachholen.

Über die Feiertage haben wir eine Mahnaktion gemacht, viele, die lange Zeit nicht mehr bezahlt haben, bekommen eine Zahlungserinnerung bzw. eine Mahnung. Wenn jemand in der Zwischenzeit bezahlt hat, soll er/sie so tun, als wäre nichts gewesen und den Papierkorb damit füllen.

ACHTUNG! WICHTIG!

Bisher haben wir praktisch jeden Monat einzeln abbuchen müssen. Bei steigender Abonnentenzahl ist das für ein nicht-komerzielles Bürosystem nicht mehr möglich. Es verschlingt zuviel Arbeit und Zeit. Wir meinen deshalb, daß alle Abonnenten vierteljährlich bezahlen sollten. Und zwar nach Quartalen! Januar – März / April – Juni / Juli – September / Oktober – Dezember. Diejenigen, die kein volles Quartal bezahlt haben, sollten das in absehbarer Zeit nachholen und danach immer vierteljährlich im voraus bezahlen. Wenn Daueraufträge laufen, ändert sie bitte entsprechend um.

INLAND

„DIE HÄLFTE DES HIMMELS"

HAMBURG (ID) 7.Januar

Wir Frauen tragen auf unseren Schultern die Hälfte des Himmels und wir werden sie erobern – frei nach Mao Tse Tung.

Am 2.Januar haben wir in Hamburg, Schlüterstraße 79, den Buchladen „Die Hälfte des Himmels" eröffnet. Warum die „Hälfte des Himmels"? Dies hat verschiedene Gründe. Wir haben bei unseren Erfahrungen im Buchladen zu spüren bekommen, daß die linken Buchläden, Verlage und Vertriebe, innerhalb der Linken, die sich als Fortsetzung der antiautoritären Bewegung versteht, mit eine der Bastionen des Patriarchats ist. Wir brauchen nur die Augen aufzumachen und was sehen wir: in den Buchläden sind die Frauen zu höchstens 1/3 vertreten, in den Verlagen und Vertrieben sieht das nicht anders aus. Sind sie da, haben sie in der Regel wenig oder gar nichts zu sagen. In den linken Buchläden, die es bis jetzt z.B. in Hamburg gibt oder gab, sind auch die meisten Leute, die da kaufen, Männer. Das sind allgemein unsere Erfahrungen: wir könnten das mit Beispielen illustrieren, daß einer die Haare zu Berge stehen...

Wir wollen eine Alternative dazu schaffen, die in diesem Erfahrungsprozeß entstanden ist.

Wir, das Kollektiv, sind drei Frauen und ein Mann. Ein Mann, weil wir denken, daß unsere Emanzipation nicht auf einer Insel stattfinden kann, sondern in der Konfrontation mit den partriarchalischen Strukturen stattfinden muß. Und weil wir den Männern, die angefangen haben, über ihre Rolle nachzudenken und die bereit sind, sie infrage zu stellen, zugestehen, daß sie sich verändern. Damit hier kein Mißverständnis entsteht: Wir halten Frauengruppen für unbedingt notwendig, zwei von uns arbeiten selbst in der autonomen Frauenbewegung.

Wir wollen, daß das Kollektiv zu 3/4 aus Frauen besteht, weil erst, wenn die Frauen mehr Macht als die Männer haben, das Patriarchat durchbrochen wird. Wir halten es zum Beispiel für wichtig, daß die Frauen die Geschäftsführerinnen sind, daß sie die Verhandlungen mit der Bank und den Verlagen usw., die Sachen nach außen machen, also die Sachen, die sonst den Männern vorbehalten sind. So sind auch die Männer, mit denen wir geschäftlich zu tun haben, gezwungen, sich mit uns auseinanderzusetzen und können uns nicht übersehen, was Mann sonst so gerne macht.

Wir haben den Laden so eingerichtet, daß alle sich aufhalten und quatschen und Tee trinken und sich wohlfühlen können. Wir möchten, daß die Frauen ihre Scheu überwinden, in einem linken Buchladen zu gehen, die sonst Tempel der Theorie sind, zu dem Frauen schwer Zugang finden.

Wir wollen mit unserem Laden, indem wir schwerpunktmäßig ein Sortiment über die heutige Situation in der BRD, Frauen, Kinder, Stadtteil, Knast, ausländische Arbeiter usw. anbieten, informieren und mit den verschiedenen, die mit ihrer Arbeit da ansetzen, zusammenarbeiten, um eine Gegeninformation zu schaffen. Das zu intensivieren, halten wir gerade, wo die Gesetze verschärft werden (§§ 88a und 130 a) für ungeheuer wichtig.

Die Hälfte des Himmels Kollektiv
2 Hamburg 13, Schlüterstraße 79

ZWEITER ABTREIBUNGSPROZESS: ALLE ODER KEINE

Freiburg (ID) 7. Januar

Am 19. Dezember zeigten in Freiburg 100 Frauen, daß sie die Nase voll hatten. Zwei Wochen vorher war eine Frau, die in Holland hatte abtreiben müssen, in der zweiten Instanz zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden (ID 104). Bis zum 19. Dezember wurde der Protest, der sich auf vielen Ebenen äußerte, kaum laut. Die Badische Zeitung berichtete lediglich in ihrer Rubrik „Unter uns" über mehrere Leser, die sich am Telefon bereit erklärt hatten, die Prozeßkosten zu spenden. Die Gruppe alleinstehender Eltern (GRALLE) sammelte ebenfalls für die Frau, bei deren Rechtsanwalt weitere Solidaritätsspenden eingingen.

Während das Frauenzentrum sich noch bemühte, Näheres über diesen ersten Prozeß zu erfahren, sickerte durch, daß ein zweiter folgen würde: diesmal stand eine 20jährige Schülerin aus der Umgebung Freiburgs vor Gericht, die im Februar letzten Jahres in Holland abgetrieben hatte. Einige Monate später hatten einige Zivile sie nach der Schule abgefangen und mit Kopien ihrer eigenen Briefe konfrontiert, die sie nach der Abtreibung an ihren damals in U-Haft sitzenden Freund geschickt hatte.

Nach altbekanntem Schema werden nicht nur Frauen kriminalisiert, die aktiv gegen den § 218 arbeiten sondern „bevorzugt" solche, die isoliert und nicht in der Lage sind, öffentlichen Protest zu organisieren.

Wie können wir unsere Empörung öffentlich machen und solche Prozesse für die Zukunft verhindern? Gewarnt durch das Vorgehen Richter Schwalbes in Frankfurt (ID 100), der vom Gerichtssaal aus gegen Protestierende gleich sieben Tage Ordnungshaft verhängte, beschlossen wir, unsere Aktion sorgfältig zu planen.

1. Auf öffentliche Mobilisierung am Tage vor dem Prozeß verzichteten wir, um uns weniger zu gefährden und die Aktion mit einer überschaubaren Gruppe von Frauen zu machen, die sich alle kennen.
2. Erst nach Prozeßanfang verteilten wir in der Innenstadt ein Flugblatt. Vor das Gericht pflanzten wir ein riesiges Transparent: HEUTE STEHT HIER EINE FRAU VOR GERICHT. IHR VERGEHEN: SIE HAT IN HOLLAND ABGETRIEBEN.
3. Für den Gerichtssaal bewaffneten wir uns alle mit Dingen, die unsere Argumente unterstützten: Windeln, Handtücher mit Aufschriften: Ich habe in Holland abgetrieben. Ich würde abtreiben. Alle oder keine. In jeder Manteltasche Pillen der Marken Oraconal, Tri-Ervorum, Kombiquens und Planovin (die eine Woche zuvor aus dem Verkehr gezogen worden waren, nachdem Versuchshunde Brustkrebs bekommen hatten).

Der Prozeß beginnt: Bei der Verlesung der Anklageschrift stehen wir auf und heben stumm unsere Tücher. 100 mal: Ich habe ab-

getrieben. Richter Wenger, als Choleriker bekannt, zeigt sich abwartend, wir setzen uns wieder. Richter Wenger fährt fort. Dann die ersten Zwischenrufe: „Herr Richter, ich habe auch abgetrieben." Er: „Das steht hier nicht zur Verhandlung." „Buh!"

Da Richter Wenger sich im Gerichtssaal bekanntlich nichts bieten läßt, rechnen wir mit einem schnellen Ausschluß der Öffentlichkeit, also Rausschmiß. Die Anwesenheit von uns 100 Frauen im Gerichtssaal hat jedoch eine derartig ungewöhnliche und verunsichernde Wirkung, daß Richter Wenger statt Wutausbrüchen rote Flecken im Gesicht bekommt. Wir dürfen bleiben. Dem sich entspinnenden Dialog zwischen den Männern (Richter, Staatsanwalt, Verteidiger, Sozialarbeiter), den beiden Schöffen und der Angeklagten dürfen wir zuhören und ihn gelegentlich ungestört unterbrechen: Flüstern, Tuscheln, Buh-Rufe, Hohngelächter, Zwischenrufe, Fragen, Ovationen für die Angeklagte und immer wieder gehen die Handtücher und Windeln hoch. Der Sozialarbeiter erklärt die Entscheidung der Angeklagten zur Abtreibung aus ihrer Biografie. Der Verteidiger betont besonders die im Februar 1975 sogar unter Juristen (!) herrschende Rechtsunsicherheit bezüglich der Abtreibung, der Staatsanwalt beantragt daraufhin eine Verwarnung. Für mehr als 30 Minuten zieht sich das Gericht zur Beratung zurück. Als wir uns zur Verlesung des Urteils nicht erheben wollen, kennt Richter Wenger keine Nachsicht mehr. Er droht mit Verlegung in einen anderen Raum. Wir stehen auf: „Eins zu Null für Sie, Herr Richter!"

Als klar ist, daß die Angeklagte nicht freigesprochen wird, hat es Richter Wenger schwer, noch zusammenhängende Sätze loszuwerden. Unsere Argumente prasseln in den Gerichtssaal: „NIMM HIN UND ISS, DAMIT DER KREBS DICH FRISST!" Damit fliegen einige hundert Pillen durch die Luft und landen auf dem olivgrünen Teppichboden zwischen uns und dem Hohen Gericht. Der Abstand wird zunehmend kleiner. Die Schachteln und Gebrauchsanleitungen (Waschzettel) fliegen hinterher. „Wissen Sie, Herr Richter, womit in Deutschland heute noch Abtreibungen gemacht werden?" Eine abgebrochene Autoantenne landet vor Wenger. „Wie oft waren Sie schwanger, Herr Richter?"Nachdem das Gericht schweigend unser zehnstrophiges Lied „Was gehn den Papst im Vatikan denn eigentlich unsere Bäuche an?" anhören muß, rät der Rechtsanwalt dem Richter, doch die Urteilsbegründung zu kürzen – Auch in gekürzter Fassung hat er Mühe, sie noch zu Ende zu bringen.Wenger nimmt die Argumente des Staatsanwaltes auf: „Recht muß Recht bleiben. Immer gibt es Leute, die es beugen wollen. Nach 1933 mit der Berufung auf das „gesunde Volksempfinden", nach 1945 mit Berufung auf die „normative Kraft des Faktischen" und heute das da, der Druck der Straße" (deutet auf die Demonstranten). Deshalb: kein Freispruch, sondern eine Verwarnung.

Mit einer anschließenden Demonstration durch Freiburgs Innenstadt protestieren wir gegen Kriminalisierungsversuche und informieren über den Prozeß. Vorneweg und begleitet von dumpfen Trommeln wird eine weiß-vermummte Frau („Ich habe abgetrieben") von zwei schwarzen Gestalten (Justiz und Kirche) gefesselt durch die Straßen gezerrt. Noch einmal: Flugblätter, Sprechchöre, Lieder: „Wer Selbstbestimmung will, ist nicht kriminell!" „Frauen, Frauen, laßt euch nicht bestrafen! Weg, weg, weg mit dem Paragraphen!"

STABSARZT WEGEN § 218–PROTEST VERFOLGT

Mannheim (ID)
7. Januar

Der wehrpflichtige Stabsarzt Joachim Voigt vom 1/SFmverb.bt. 970 nimmt in einer Presseerklärung zu Maßnahmen Stellung, die gegen ihn nach seinem Eintreten für die Streichung des § 218 eingeleitet wurden.

„Wie hälst du's mit dem § 218? – Diese Gretchenfrage stellte mir der Bataillonskommandeur des Schweren Fernmeldeverbindungsbataillons 970 Oberstleutnant Fuchs zu Beginn einer Reihe von Vernehmungen. Der Kommandeur, selbstverständlich konsequenter Verteidiger des § 218 gegen den Willen der Volksmassen, leitete gegen mich ein Disziplinarverfahren ein wegen der Teilnahme in Uniform an der zentralen Demonstration gegen den § 218 im September letzten Jahres in Bonn. Über 25.000 Menschen demonstrierten damals für die ersatzlose Streichung dieses verhaßten Pragraphen. Fast 600.000 Unterschriften wurden bisher für diese gerechte Forderung und für einen Volksentscheid gegen den § 218 in der ganzen BRD gesammelt. In über 170 Städten haben sich die Gegner des § 218 in Komitees organisiert, um diesen Pragraphen zu Fall zu bringen. Auch unter den Soldaten hat dieser Kampf eine große Resonanz gefunden. ...

Durch Kasernierung und durch das Soldatengesetz sollen sie ferngehalten werden von allen Kämpfen des Volkes gegen die herrschenden Zustände. Über 200 Soldaten haben dies nicht hingenommen, haben sich nicht vom Volk trennen lassen. Sie haben es in seinem Kampf für die Streichung des § 218 unterstützt, indem sie in Uniform gegen den § 218 demonstrierten. Trotz vieler Erschwernisse wurden Hunderte von Unterschriften für die ersatzlose Streichung des § 218 und für den Volksentscheid in den Kasernen gesammelt.

Wie besorgt die Herren Bundeswehrführer sind, zeigen einige Fragen während meiner Vernehmung: Ob ich den Soldaten des Bataillons gegenüber erwähnt habe, daß ich in Unniform an der Demonstration gegen den § 218 teilgenommen habe? Sie haben Angst, daß eine gerechte Sache Schule macht, daß kein Soldat meine Maßregelung wird einsehen können.

Wenn ich also bewußt gegen das Soldatengesetz verstoßen habe, als ich in Uniform mich an der Demonstration beteiligte, wie stünde ich dann generell zum Soldatengesetz? Das war eine weitere Sorge des vernehmenden Kommandeurs. Meine Antwort: Wenn das Soldatengesetz mich daran hindert, an der Seite des Volkes für eine gerechte Sache einzutreten, sei für mich die Entscheidung klar. Bestraft werden soll ich nun wegen Verstoßes gegen das Soldatengesetz, § 15/3, wonach eine Teilnahme an politischen Veranstaltungen in Uniform verboten ist. Mit meiner Einstellung zum § 218 habe dies rein gar nichts zu tun, dies zu betonen, darauf legte mein Disziplinarvorgesetzter größten Wert.

Aber ist es nicht Tatsache, daß hohe Offiziere der Bundeswehr auf Parteitagen und anderen politischen Veranstaltungen in Uniform zugegen sind, ohne daß sie jemals disziplinarisch belangt werden? Ist es nicht Tatsache, daß zehn Fallschirmspringer der Bundeswehr bei der letzten Geburtstagsfeier für F.J.Strauß über dessen Haus zum Absprung kommandiert worden sind? „Sprungdienst gemäß Ausbildungsplan", erklärte man lapidar offiziellerseits. Oder wäre mir je ein Haar gekrümmt worden, hätte ich in Uniform an einer Kundgebung der Katholischen Kirche für den Erhalt des § 218 teilgenommen? Niemals, denn dort wäre kein Heer von MAD-Spitzeln gewesen, um Soldaten zu fotografieren.

Man sieht, das Soldatengesetz soll als Knüppel dienen, um jede Verbindung der Soldaten mit dem Volk zu zerschlagen

Daß ich mich wegen des gegen meine Person eingeleiteten Disziplinarverfahrens an die Öffentlichkeit gewandt habe, soll nach eben diesem Soldatengesetz wiederum geahndet werden. Ich habe die „Pflicht zum treuen Dienen" verletzt, indem ich „dienstliche Angelegenheiten" nach außen getragen habe. So hätte es die Bundeswehrführung gerne: die Verfolgung der Gegner des § 218 als „dienstliche Angelegenheit". Weil sie eine ungerechte Sache vertritt, muß sie die Öffentlichkeit fürchten.

ALLERNEUSTE „GESCHICHTEN VON DER O"

Berlin (ID)
29. Dezember

Nachdem etwa rund 1.000 Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft Berlin gegen den Film „Geschichte der O" wegen Pornographie, Verherrlichung von Gewalt usw. eingegangen waren, haben jetzt die Staatsanwälte – nach einem für sie sicher sehr vergnüglichen Kinobesuch – entschieden: der Film ist nicht pornographisch, es seien keine Anhaltspunkte dafür da, daß Gewalt verherrlicht würde.

Es ist also keine Gewalt, wenn man Frauen peitscht und vergewaltigt, ihnen wie einem Pferd einen Brandstempel als Besitzzeichen auf den Hintern brennt.

Um wenigstens einige Besucher von dem Film abzuhalten und den Kinobesitzern und dem Verleih den Profit zu verderben, haben sich einige Leute was anderes einfallen lassen: an sämtlichen Kinoplakaten auf U-Bahnhöfen hing jetzt bei den entsprechenden Kinos ein Vermerk: „Abgesetzt wegen ..." und dazu ein Zitat aus dem SPIEGEL, das auf den pornographischen brutalen Gehalt des Films hinweist. Diese Aufkleber sind so täuschend echt, daß viele Genossen und Genossinnen schon frohlockten.

FRAUENAUFNAHMEHEIM DER SOZIAL-BEHÖRDE SOLL GESCHLOSSEN WERDEN

HAMBURG (ID)
7.Januar

Das Haus liegt in einer guten Wohngegend in der Uferstraße und hat eine Kapazität von 30 Betten. Weiter befinden sich dort 4 Isolierzellen und 8 Betten in der geschlossenen Abteilung, die kaum benutzt werden, da sie für Sonderfälle freigehalten werden müssen.

Aufgenommen werden: Mißhandelte, Zusammengeschlagene, schwangere Prostituierte, Alte, Hilflose, Gebrechliche, Durchgedrehte, Tablettenkaputte, Scheidungsfrauen, die zu Hause rausfliegen, Ausgerissene, von Zuhältern gequälte Mädchen, hospitalisierte hilflose Frauen, die jahrelang in psychiatrischen Kliniken waren und abgeschoben wurden, Obdachlose, behandlungsbedürftige Frauen nach Krankenhausentlassung und psychiatrische Grenzfälle: Frauen, mit denen andere Sozialeinrichtungen nichts anfangen können oder wollen, weil sie keinerlei ökonomische Sicherheit im Rücken haben und Selbsthilfe nicht zu erwarten ist.

Dieses Haus ist kein Asyl, sondern eine Zuflucht, wo über individuelle Betreuung eine Atmosphäre von Geborgenheit und liebevolles stabilisierendes Zusammenleben mit anderen Frauen und ihren qualifizierten Betreuerinnen wirksame Selbsthilfe geleistet wird – an Frauen, die ansonsten von allen Fachleuten aufgegeben worden sind. Die Bewohnerinnen können unbestimmte Zeit lang bleiben, 80% der Frauen kommen freiwillig!!!

DIESES HAUS SOLL JETZT GESCHLOSSEN WERDEN!

Begründung des Senats:

1. Die Kapazitäten des Heimes seien angeblich nicht ausgelastet.
2. Die Sparmaßnahmen machen die Schließung des Hauses angeblich unumgänglich.

Die Herren in der Sozialbehörde haben schon seit längere Zeit im Hinterkopf die Idee, das Haus dichtzumachen. Nur aufgrund der ständigen Kämpfe der Mitarbeiterinnen und Heiminsassinnen gegen diese Schließungsabsichten wurde dies abgeblockt. Jetzt versucht man(n), das Heim still und leise zu schließen, dabei werden die Mitarbeiterinnen und Heiminsassinnen über ihre Zukunft im unklaren gelassen.

Frauen, Frauengruppen in anderen Städten strampeln sich ab, um so ein Haus zu beschaffen – Hamburg hat eins und will es dichtmachen, weil angeblich kein Bedarf da ist.

Dabei sind laut Heimbewohnerinnen von den 30 „offenen" Betten meist 28 benutzt. Die Heimfrauen sind auf unsere Solidarität und Hilfe angewiesen – ihre Einwirkungsmöglichkeiten sind erschöpft. Unser Engagement ist ihre letzte Hoffnung!

Wir müssen uns gegen diese frauenfeindliche Sparpolitik des Senats wehren – macht alle mit bei der „Aktion Uferstraße"!

Weitere Informationen im Buchladen „Die Hälfte des Himmels"; 2 Hamburg 13, Schlüterstraße 79

PROTEST GEGEN KERNKRAFTWERKE MIT ÄPFELN UND SCHNAPS

FREIBURG (ID/BADISCHE ZEITUNG)
15. Dezember 1975

Mit einem Aktionstag zur Information der Bevölkerung verstärken die badisch-elsässischen Bürgerinitiativern am 13. Dezember ihren Protest gegen das geplante Kernkraftwerk in Wyhl. Zentrum dieser Aktion war Freiburg, wo mehrere hundert Kaiserstühler, dazu Freiburger und Baseler Kraftwerksgegner, an Ständen und in kleinen Demonstrationen in der Innenstadt informierten und für Sympathie warben. Ziel dieser unkonventionellen Aktion war es zu verhindern, daß durch Werbekampagnen ein Keil zwischen die Stadt- und Landbevölkerung getrieben werde und daß die Bürgerinitiativen ihr Ziel noch nicht aufgegeben hätten.

Dabei waren am augenfälligsten an diesem „demonstrativen Lebenszeichen" der Kernkraftwerksgegner die neuen und improvisierten Aktionsformen, wie sie in diesem Ausmaß noch selten praktiziert wurden. Man versuchte durch Wegzehrung und Geschenke die Passanten zu erreichen, Flugblätter und Wandzeitungen traten zurück hinter Schnaps, Äpfeln, Wein und Vesperbroten. An insgesamt sieben Ständen wurden zentnerweise Äpfel mit angehefteten Fähnchen „KKW-Nein-Apfel – deshalb noch nicht radioaktiv" ausgegeben; biologisch-organisches Gemüse aus Eichstetten, Wein aus Bischoffingen, Brote, Wurst, Linsensuppe und Obstschnäpse hatten die Bürgerinitiativen in den Kaiserstuhlgemeinden gesammelt. Besondere Popularität erlangte ein Stand der Bürgerinitiative Kiechlingsbergen beim Schwarzen Kloster, wo Winzersfrauen Gemüsesuppe, Obstwasser, Wein und Wurstbrote austeilten. Mit Broschüren und Flugblättern, die an den Ständen ausgelegt wurden, versuchten die Bürgerinitiativen ihren Standpunkt zu untermauern.

Die Diskussionsstrategie der Kraftwerksgegner knüpfte vor allem an aktuellen Bezügen an: Energieverschwendung, Alternativenergien, Grundremmingen. Ein Sonnenkollektor, der zur Demonstration umweltfreundlicher Energieerzeugung aufgestellt werden sollte, fiel wegen der Witterung aus.

Daß hinter diesem Aktionstag ein Konzept steckt, machten die Bürgerinitiativen auf einer Pressekonferenz deutlich: Derartige Aktionen entsprängen der „ländlichen Mentalität" – ihr Ablauf könne in den Dörfern diskutiert werden, und „jeder kann partizipieren." Dies zeigte sich bei verschiedenen Musikgruppen, die auftraten und einem improvisierten Kino in der Alten Universität, wo Filme von der Platzbesetzung gezeigt wurden. Bei Scheitern der Verhandlungen soll ein ähnlicher Aktionstag in Stuttgart stattfinden.

POLIZEIEINSÄTZE GEGEN SELBSTVER-WALTETES JUGENDZENTRUM

FRANKFURT (ID)
7.Januar

Am 20.12.75 wurde im JUZ Bockenheim ein Fest durch etwa 50 Polizisten empfindlich gestört. Sie drangen unter dem Vorwand, Nachbarn fühlten sich belästigt und Jugendliche aus dem JUZ würden auf der Straße randalieren (ein Autofahrer lief über sein eigenes Auto), bis zum zweiten Stock ins Haus ein. Nach der Aufforderung,leiser zu sein und angedrohter Räumung verließen sie das Haus. Inzwischen hatten 3/4 der JUZ-Besucher aus Angst vor Auseinandersetzungen ebenfalls das Haus verlassen. (Nicht ohne Grund – um die Ecke stand ein Wasserwerfer)

Am 21.12.75 durchwühlten zwei Uniformierte unsere Mülltonnen, was das JUZ mit einem in der Nähe verübten Einbruch in Verbindung bringen soll.

Am 22.12.75 tauchten plötzlich einige Mannschaftswagen auf. Der Einsatzführer beschuldigte Jugendliche aus dem JUZ, einen Zaun, der den Schülern der Siemens-Schule den direkten Weg Zum JUZ verbaut, beschädigt zu haben. Einem Mädch en schlug er ins Gesicht (FR vom 24.12.). Als der abfahrenden Polizei eine Bierflasche nachflog, machten sie kehrt und notierten die Personalien aller anwesenden Personen, eingeschlossen der Gäste in einer Gaststätte auf der anderen Straßenseite. Unsere Namen landen in irgendwelchen Karteien, der Name des Schläger-Bullen blieb geheim.

Die unverhältnismäßigen und massiven Polizeieinsätze können nur als weiterer Versuch verstanden werden, das selbstverwaltete JUZ-Bockenheim in der Nachbarschaft zu isolieren, potentielle JUZ-Besucher fernzuhalten und Selbstverwaltung zu kriminalisieren.

BESUCH AUS BERLIN IM JUGENDHAUS

Wertheim (ID) 2. Januar In der Zeit vom 27.12.75 bis zum 1.1.76 besuchten 23 Jugendliche aus den Berliner Jugendzentren Drugstore, Initiativgruppe Zehlendorf, SJSZ und von den Wohnkollektiven Tommy-Weissbecker-Haus, Eisenbahnstraße, ehemalige Rauch-Haus-Leute das Wertheimer Jugendhaus, das im März 75 besetzt wurde (ID 72). Der Kontakt wurde im November durch einen Besuch von Leuten aus Wertheim in Berlin hergestellt.

Zum Auftakt fand eine Rock-Fete mit den Gruppen „Pater Arno" (Lohr), Friends (Miltenberg) und der Berliner Gruppe „Scheiße, Klamotte, Radau" statt. Trotz des verspäteten Eintreffens der Berliner war dies eine gelungene Fete mit 350 Jugendlichen aus Wertheim, Gästen aus Frankfurt (JZ Eschersheim), Neu-Isenburg, Tauberbischofsheim (JZ-Initiative „Wekker") usw..

Am Sonntag, den 28.12. wurde als Zeichen des Besuchs auf der Wertheimer Burg eine große schwarz-rote Fahne gehißt, die erst am nächsten Tag von der Polizei entdeckt und beschlagnahmt wurde. Im Jugendhaus selbst versuchte man, miteinander Kontakt zu bekommen und führte dazu Spontan-Spiele durch. Als die beste Möglichkeit, sich gegenseitig kennenzulernen, stellte sich die Bildung von Kleingruppen heraus, die zusammen spazieren- oder in Kneipen gingen. In den Kneipen, die total auf Kommerz ausgerichtet sind, und zum Treffpunkt für die Jugendlichen werden, weil im Jugendhaus keine Angebote laufen können (die Stadt verweigert jegliche Unterstützung), gab es öfters Spannungen mit dem Wirt, der die Polizei rief und Hausverbot erteilte.

Am Montag, dem 29.12., bekam ein Mitglied der Aktion Jugendhaus einen Anruf von der Stadtverwaltung, die vom Stadtoberhaupt, Bürgermeister Scheuermann, ausrichten ließ, die rote Fahne am Jugendhaus, (die Fahne der Berliner Polit-Rock-Gruppe) müsse weg. Nach kurzer Diskussion, was wir dagegen tun, zogen wir zum Rathaus, „besetzten" kurz mal das Büro von Scheuermann, der leider nicht da war, und sangen das abgeänderte „Rauch-Haus-Lied" mit: „schmeißt doch endlich Scheuermann ... aus Wertheim raus!". Die Beamten standen sprachlos rum. Danach wechselten wir in den Sitzungssaal und nahmen Scheuermanns und die Plätze der Gemeindräte ein, mit schwarzroten Fahnen und einem tollen Lärm. Im Anschluß daran folgte ein kleiner Umzug in der Stadt. Nach diesem Aktionismus-Trip, der daraus entstanden war, Scheuermann mal zu zeigen, was auf einer roten Fahne steht (nämlich, daß dies das Emblem der Gruppe ist und diese als unser Gast jederzeit diese Fahne am Haus befestigen kann) versuchten wir am Nachmittag konstruktiver vorzugehen. In einer längeren Diskussion mit dem Vorstand des Trägervereins des Jugendhauses, mit dem Stellvertretenden Bürgermeister und 15 Jugendlichen, wurden die seit langem bestehenden Forderungen der Aktion Jugendhaus nochmals mitgeteilt. (Schwerpunkte: fester Etat, Einrichtungsgegenstände). Die Berliner konnten durch ihre Erfahrungen positiv für uns in die Diskussion einsteigen; vor allen Dingen kam dabei heraus, daß das Haus, wie es momentan aussieht, ein Skandal für die Stadt sei. Als erster Erfolg der Verhandlung schickte die Stadt zur Entrümpelung einen Lastwagen vorbei. (Der war bereits mehrmals angefordert worden, da sich der Müll im ganzen Keller stapelte.)

Am Abend wurde eine Vollversammlung einberufen. Die Leute vom Drugstore stellten in einem kurzen und zündenden Theaterstück ihre Situation dar. Dieses Stück sollte die Berliner Situation veranschaulichen und damit eine vergleichende Diskussion ermöglichen. Als Perspektive wurde von den Berlinern immer wieder ein Wohnkollektiv angegeben, das die Wertheimer aber aufgrund ihrer Erfahrung als „Jugendhaus mit Tag- und Nachtbetrieb" mit neuen Spannungen und Spaltungen ansahen. Allgemein wurde von den Berlinern am Jugendhaus die mangelnde Solidarität, der chaotische Betrieb und die Abgeschlafftheit der Leute kritisiert.

Erschreckend war, wie kaputt die Leute sind, daß das Hauptgesprächsthema das „Pils" (Bier) ist, nur wenige Leute noch Ideen entbringen. (Diese werden von den anderen als „Politiker" beschimpft.)

In der Nacht, um drei Uhr morgens, kam der Bürgermeister mit einem anderen Stadt-Freak besoffen ins Haus (die Tür war unvorsichtigerweise offen), um „zu sehen, wo hier gemaust wird". (Dies ist ein belauschtes Originalzitat). Sie durchsuchten alle Räume und verschwanden noch, bevor die Leute wegen ihrer Schlaftrunkenheit etwas unternehmen konnten.

Am Dienstag, dem 30.12. wurden zwei Berliner, die zum öffentlichen Scheißhaus ins Rathaus gegangen waren, weil im Jugendhaus keine Toilette funktioniert, nach kurzer Diskussion von Scheuermann und weiteren Stadt-Freaks ins Rathaus gezerrt, um die Personalien festzustellen, da Scheuermann als oberster Stadtbulle, wie es später offiziell hieß, „wissen wolle, mit wem er es zu tun habe." Dabei fielen die Worte, „erschießen müßte man die Kerle sofort." Während Scheuermann die Leute anschrie und auf die Polizei wartete, wurden die anderen Leute im Haus mobilisiert und zogen auch vors Rathaus. Nach Feststellung der Personalien wurden die zwei Berliner freigelassen. In einer offiziellen Stellungnahme, die am Nachmittag von drei Stadt-Freaks ins Haus überbracht wurde, hieß es, „Scheuermann sei um die Unterbringung der Jugendlichen besorgt gewesen." Davon, daß er für den miserablen Zustand des Hauses verantwortlich ist, und daß aufgrund der fehlenden Finanzmittel eine andere Unterbringung nicht möglich ist, fiel natürlich kein Wort. Man zog sich formal an der einseitig vom Stadtrat festgelegten „Vereinbarung", daß das Haus ab 22 Uhr geschlossen sein müsse und keine Transparente aufgehängt werden dürften, hoch (vgl. Fahne) und bezeichnete diese Form der Unterbringung als „Wiederbesetzung". In diesem Stil waren wir Brecher der „Vereinbarung", die es überhaupt nicht gibt, und sollten das Haus räumen. Als sie erfuhren, daß die Berliner nur noch einen Tag blieben, stimmten sie der Übernachtung zu.

Am Mittwoch, dem 31.12., versuchten wir mit einem Straßentheaterstück die Gerüchte, die inzwischen kursierten, aufzugreifen. In drei Szenen, die erste: die Meinung der Bürger über das Jugendhaus und den Besuch aus Berlin, die zweite: eine Schilderung der Beschissenheit im Haus (nur Saufen, keine Mittel, kein Angebot, beschissene Scheißanlagen etc.) sollte auf den skandalösen Zustand hinweisen, die dritte sollte die Vorfälle mit Scheuermann demonstrieren. Obwohl das Stück nicht schlecht war und vor allem uns etwas gebracht hat (mal wieder etwas konkretes) ist ein Straßentheaterstück allein kein ausreichendes Mittel, die Bevölkerung zu erreichen. Ein Flugblatt, eine Zeitung und öfters Informationsstände sind notwendig. Am Abend (Silvester) wurde noch mal richtig gefestet.

Als weiteres Zusammentreffen ist ein Sommerzeltlager aller undogmatischen JZ in der BRD und Westberlin geplant. Der Zeitpunkt und Ort sind noch ungewiß. Alle interessierten JZ wenden sich an die Kontaktadresse: AKTION JUGENDHAUS, Mühlenstraße 7, 6980 Wertheim, Stichwort "Sommerzeltlager". Erwünscht sind: ein schriftlicher Erfahrungsbericht über den Zustand im JZ und Zusammenarbeit bei der organisatorischen Vorbereitung (Koordinationstreffs).

Aktion Jugendhaus

„DAS WAR DIE PRAXIS DES FASCHISMUS"

Porto/Hamburg (ID)
3. Januar

Zum Tod des Hamburger Genossen Günther Bruns hat der Kommunistische Bund ein Flugblatt sowie eine Erklärung veröffentlicht. Hier Auszüge:

„Am 1. Januar wurden in der nordportugiesischen Hafenstadt Porto bei einer Demonstration drei Menschen von der Polizeitruppe GNR erschossen. Unter den Toten ist der 22jährige Hamburger Günther Bruns. Günther Bruns hatte seit Oktober in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Portugal gearbeitet.

WORUM GING ES BEI DER DEMONSTRATION ?

Im Gefängnis von Porto sitzen über 100 demokratische Offiziere und Soldaten. Sie wurden nach dem Rechtsputsch vom 25./26. November verhaftet. Für ihre Freilassung hatte sich ein Kampfkomitee – getragen zunächst nur von den Familienangehörigen der Inhaftierten – gebildet. Das Kampfkomitee hatte in den letzten Wochen fast täglich Demonstrationen vor den Gefängnissen für die Freilassung der Genossen organisiert. Diese Demonstrationen waren von anfänglich nur einigen hundert auf zuletzt mehrere tausend Menschen angewachsen.

Dort, im Gefängnis von Custóias, hatten die gefangenen Soldaten und Offiziere Mitte November einen Hungerstreik – „bis zum Tod" – angekündigt, wenn sich ihre Situation bsi Weihnachten nicht ändern würde.

Tausende von Demonstranten hatten in mehreren Aktionen von außen die Forderungen der Hungerstreiker unterstützt, sich mit ihnen solidaristiert. Aufgerufen dazu hatte der Revolutionsrat der Einwohner von Porto (Conselho Revolucionário de Moradores do Porto).

Bei der Demonstration am 21. Dezember wurden draußen Parolen gerufen: „Revolutionäre, sofort raus aus den Gefängnissen!" und „Arbeiter und Soldaten: der gleiche Kampf!". Drinnen im Knast riefen die Gefangenen: „Das Volk wird siegen. Der Kampf geht weiter.". Die Demonstranten sangen „Grandola" und schwenkten rote Fahnen.

In einem an den Staatspräsidenten gerichteten Kommuniqué, das während der Demonstration sowohl für die gefangen Soldaten in Custóias wie für die gefangenen Matrosen in Areeiro bei Oeiras verbreitet wurde, heißt es:

„Für alle gefangenen Genossen fordern wir sofortige Aufhebung des Sprech- und Besuchsverbotes. Ebenso fordern wir die Wiederherstellung der Legalität sowie die Beendigung aller Verhaftungen in der Marine. Unser Kampf geht weiter."

An der Demonstration am 1.1.1976 hatten sich nahezu 30.000 Menschen beteiligt. Unter ihnen auch Günther und weitere Genossen aus Hamburg und Hannover. Der stockreaktionäre Befehlshaber von Nordportugal – General Veloso – hatte offensichtlich Befehl gegeben, in jedem Fall diese Demonstration auseinanderzutreiben, um der Bewegung für die Freilassung der Inhaftierten eine spürbare Niederlage zu bereiten.
Mit diesem Ziel waren im Gefängnis starke Einheiten der berüchtigten GNR (die altgediente Bürgerkriegspolizei, die auch nach dem Sturz des Faschismus nicht angetastet worden war) aufmarschiert. Hinter den Gefängnistoren waren Maschinengewehre in Stellung gebracht worden.

Zu den Vorfällen wird u.a. in Presse und Fernsehen behauptet, Demonstranten hätten das Gefängnis stürmen wollen. Demonstranten hätten die GNR mit Pistolen beschossen, es wird von einem „Sturm auf das Gefängnis" und von einer gleichzeitigen „Gefangenenrevolte" gesprochen. Daher geben wir hier noch einige Details aus den ersten Augenzeugenberichten wieder:

Das Gefängnisportal wurde von der GNR geöffnet, um zwei kleinere Autobusse hinauszulassen. Dem einen wurde jedoch von Demonstranten der Weg versperrt. Daraufhin ritten vier bis fünf GNR-ler mit Pferden in die Menge und hoben ihre Gewehre in die Luft. Aus der Menge der Demonstranten flogen daraufhin einige Steine gegen die GNR-ler. Nach manchen Meinungen kamen die Steinwürfe von Polizei-Provokateuren in der Menge. Auf jeden Fall waren sie für die GNR das Signal, ohne Vorwarnung in die Menge zu schießen. Die Demonstranten warfen sich zu Boden, es gab Geschrei und Panik. Es stellte sich heraus, daß Günther Bruns bereits schwerverletzt am Boden lag, sein Puls ging nur noch schwach. Einige Demonstranten hoben ihn auf, um ihn ins Gefängnis zur ärztlichen Behandlung zu schaffen. Sie wurden jedoch zurückgeschickt. Da die GNR nochmals das Feuer eröffnete, wurde der Schwerverletzte zunächst wieder auf den Boden gelegt. Als später doch noch Krankenwagen eintrafen, war Günther Bruns bereits tot. Mit ihm starben zwei weitere Demonstranten. (Inzwischen ist im Krankenhaus ein vierter gestorben, d.Red.)

Außerdem scheinen sich die Berichte zu bestätigen, daß während des Polizei-Überfalls auf die Demonstration innnerhalb des Gefängnisses die Zellentüren inhaftierter linker Militärs von Wärtern geöffnet wurden. Offenbar war geplant, einige der Gefangenen „auf der Flucht zu erschießen". In diese Falle ging jedoch niemand! Nachträglich wurde daraus dann das Märchen von einer „Gefangenenrevolte" zusammengeschustert!

Inzwischen hat das portugiesische Fernsehen unter dem Druck der zahlreichen Augenzeugen neben den erwähnten Falschmeldungen über die Vorfälle auch korrekte Darstellungen zu Wort kommen lassen müssen. Der Rektor der Universität von Porto sprach von einem „offen faschistischen Vorgehen" der GNR.

DIE MEDIEN UND IHRE GANGSTERMETHODEN

In Portugal versuchen die Behörden inzwischen, das Vorgehen der GNR als „Notwehr" hinzustellen. Zu diesem Zweck wurden unwahre Darstellungen erfunden – Demonstranten hätten ein Gefängnis stürmen wollen, Demonstranten hätten zuerst Schüsse abgegeben.

Was Günther selbst angeht, so wollen ihn die portugiesischen Behörden als einen linksextremen Aktivisten hinstellen, der zudem illegal eingereist sei. Bekannte des Toten haben diese Lügen inzwischen im portugiesischen Fernsehen durch Vorlage eines abgestempelten Reisepasses widerlegt.

Im westdeutschen Fernsehen („Tagesschau" und „heute") wurde die Tatsache hochgespielt, daß Günther Bruns in einem Flugblatt des Kommunistischen Bundes als „Genosse" bezeichnet worden war. In der Falschmeldung wurde – offenbar bewußt – der Eindruck erweckt, Günther Bruns habe zu einem „Stoßtrupp" des Kommunistischen Bundes gehört, der das Gefängnis in Porto stürmen wollte.

Wir stellen demgegenüber fest, daß Günther Bruns nicht Mitglied des Kommunistischen Bundes war und unseres Wissens überhaupt keiner politischen Organisation angehörte. Wenn wir ihn als Genossen bezeichnen, so deshalb, weil er sich persönlich für die Sache des arbeitenden Volkes eingesetzt hat und im Einsatz für diese Sache schließlich sogar sein Leben verloren hat.

Das Gegenstück zu der Horror-Darstellung vom beim Sturm aufs Gefängnis „in Notwehr" erschossenen „linksextremen Aktivisten" ist der Versuch, von verschiedener Seite die Eltern von Günther Bruns massiv unter Druck zu setzen:

– der BRD-Konsul in Porto hat den Eltern angedeutet, sie sollten ihren Sohn als „total unpolitisch" und bloßen „Touristen" hinstellen, weil sonst die portugiesischen Behörden nicht die Frage der Schuld an seinem Tod klären würden;
–Presse-Hyänen bestürmen die Eltern mit Fragen, Forderungen, Drohungen: vor allem sollen sie unter Hinweis auf unser Flugblatt gegen den Kommunistischen Bund aufgehetzt werden, der den Fall bloß „ausschlachten" wolle usw.;

– Vertreter des „Hamburger Abendblattes" erpreßten von den Eltern die Überlassung eines Fotos von Günther – indem sie drohten, notfalls würden sie sonst irgendein mieses Paßbild verwenden und das würde ja dann nicht gut aussehen.

Hier werden die Methoden praktiziert, wie sie in dem Film „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" musterhaft dargestellt sind. WER hier etwas „ausschlachten" will und zu welchem Zweck, ist wohl offenkundig!

In diesem Zusammenhang halten wir es für erwähnenswert, daß der dpa-Vertreter in Lissabon nicht bereit war, sich vonportugiesischen und westdeutschen Bekannten Günther Bruns' eine wahrheitsgemäße Schilderung der Vorfälle bei der Demonstration anzuhören. „Ihre Erklärungen gehen mir zur sehr ins Detail", meinte der dpa-Vertreter. Ihm wurde darauf erwidert, daß doch schon Falschmeldungen verbreitet würden. (Demonstranten hätten auf die GNR geschossen usw.) Dazu sagte er bloß: „Wenn Sie polemisch werden wollen, lege ich auf". Schließlich ließ er die Katze aus dem Sack: „Solche Geschichten verkaufen sich in der Bundesrepublik nicht gut."

NATIONALES PORTUGALTREFFEN

FRANKFURT (ID)
5. Januar

Die Redaktion der PORTUGAL NACHRICHTEN lädt alle lokalen Portugalinitiativen zu einem zentralen Arbeitstreffen ein. Es findet statt am 24./25. Januar in Frankfurt.

Wichtigste Diskussionspunkte sind die Solidaritätsarbeit vor und nach dem 25. November, die Funktion der PORTUGAL NACHRICHTEN, Internationalismus-Arbeit und Analyse des 25. November.

Bis eine Woche vorher sollt ihr euch anmelden. Dann gibt es genauere Daten.

" LUCHA OBRERA" IN DEUTSCHER AUSGABE

BOCHUM (ID)
30. Dezember

Spanische Arbeitsemigranten haben zum Jahresende die erste deutsche Ausgabe ihrer Zeitung „Lucha obrera" (Arbeiterkampf) veröffentlicht, „für die Unterstützung der Kämpfe der revolutionären Linken". Die Genossen schreiben dazu:

„Wir machen diese deutsche Zeitung, weil wir zwar Spanier aber in erster Linie Arbeiter sind, deren Probleme als Arbeiter grundlegend dieselben sind, wie die der deutschen Arbeiter.

Wir machen sie als spanische Revolutionäre, weil wir hier ebenso ein Teil der Linken sind und an deren Auseinandersetzungen teilnehmen und weil wir der Ansicht sind, daß die Erfahrungen der revolutionären Linken in Spanien auch hier wichtig sind. Das heißt, in der Zeitung werdet ihr immer Beiträge finden, die sich mit den Problemen der Arbeiter und der Linken auseinandersetzen, und zwar hier in der BRD.

Als zweiten Teil werdet ihr immer ein Einschätzung und eine Diskussion des Klassenkampfs und seiner Perspektiven in Spanien finden, weil wir der Ansicht sind, daß die Entwicklung auf der iberischen Insel für die Arbeiterklasse in ganz Europa wesentlich ist, denn gerade die westdeutschen Kapitalisten investieren massiv in diesen Ländern.

Als letztes werdet ihr immer bestimmte Themen des Internationalismus finden, weil wir als Arbeiter immer ein Bewußtsein über die Kämpfe und die Erfahrungen anderer Länder haben müssen."

Man findet die Zeitung in den linken Buchläden. Kontaktadresse ist: Politischer Buchladen/LO, 463 Bochum, Im Westenfeld 22.

OFFENBACH (ID) Ein zweisprachiges Spanien-Info ist ebenfalls mit der Nr. 1 erschienen. Gegeninformation und Solidaritätsarbeit sind die Schwerpunkte. Herausgeber ist das Offenbacher Spanien-Komitee (Bismarckstr. 16). Zu kaufen in linken Buchläden.

HUNGERSTREIK IN OSSENDORF – FORDERUNGEN DER GEFANGENEN

Köln (ID)
5. Januar

Im November des letzten Jahres stellten die Gefangenen aus Butzbach und Tegel ihre Forderungen (ID 99). Daß die Zustände in anderen Gefängnissen nicht besser sind, zeigen die Forderungen der Gefangenen aus Köln-Ossendorf:

„Wir, die Gefangenen des Hauses III der JVA Köln-Ossendorf stellen folgende Forderungen:

1. Ein besseres, geschmackvolleres, gesunderes und vitaminreicheres Essen!
Im ganzen Bundesgebiet ist „Ossendorf" für sein schlechtes Essen bekannt. Es führt nachgewiesenermaßen – Arzt und Zahnarzt teilen es selbst „bedauernd" mit – zu Mangelerscheinungen wie Zahnfleischschwund, Zahn- und Haarausfall, Akne usw..

2. Eine volle Freistunde an Wochenenden und Feiertagen; Umschluß an Wochenenden und Feiertagen!
An den Wochenenden und Feiertagen hockt jeder Gefangene durchschnittlich 23 1/2 Stunden auf seiner Zelle. Freizeitveranstaltungen fallen flach, die Freistunde beträgt lediglich 30 Minuten. Gefangene leiden auf die Dauer an Depressionen und Ausfallerscheinungen. Die Eintönigkeit der Tage in Beton erdrückt. Die hohe Quote von versuchten oder ausgeführten „Selbst"-morden spricht eine deutliche Sprache. Erwachsene haben keinerlei Möglichkeit zu Sport und Spiel. Es erfolgt zwangsläufig ein körperlicher Abbau, der sich auch seelisch auswirkt. (...)

3. Hofgang im großen Kreis, zwei mal wöchentlich baden!
Jedes Haus verfügt über einen großen Hof, mit einem kleinen und großen Kreis. Es ist aber verboten, in der Freistunde den großen Kreis zu benutzen. Warum? Wurde er nur zur Ansicht gebaut? Körperpflege wird hier kleingeschrieben. Denn es ist unmöglich, sich in den in der Zelle angebrachten Waschbecken gründlich zu waschen. Solche Waschbecken gehören in eine Puppenstube. Somit könnte man sich nur beim wöchentlichen Brausen gründlich waschen. Jedoch weit gefehlt! Denn die Badezeit beträgt höchstens fünf Minuten, und das, obwohl jedes Haus über ein eigenes Bad verfügt.

4. Gefangenen-Mitverantwortung, freie Wahl eines Haussprechers, einen gewählten Gefangenen in den Rundfunkbeirat, Wegfall der Zensur durch die Anstaltskommandanten! Freie und unzensierte Information durch alle erreichbaren Medien!
In den „Rundfunkbeirat" werden willkürlich Gefangene bestimmt – vom Polizeiinspektor. Politische und kritische Sendungen, sowie progressive Hörspiele und Musik werden unterdrückt. Das Programm entspricht in der von den Kommandanten bestimmten Form nicht im geringsten dem Interesse der Inhaftierten. Der Sumpf, der Bodensatz des Geschmacks regiert.

5. Wöchentlichen Einkauf und Anpassung der Preise, mehr und ausgewogenere Sonderangebote!
Die U-Gefangenen dürfen nur drei mal im Monat für je 50 Mark einkaufen. Die Preise des Vertragshändlers Hans Rama (Rewe), Ossendorf, sind total überhöht. Wir fordern eine öffentliche Ausschreibung in der Presse, damit sich andere Firmen um den Verkauf bewerben können. Wir fordern Preisaufsicht und Zugang von üblichen Sonderangeboten. Bedenkt man, daß Strafgefangene arbeiten müssen und viele U-Häftlinge arbeiten, um über ein wenig Geld zu verfügen, bedenkt man dann noch, daß das „Pensum" (der Akkordsatz) zwischen 1,70 und 2,80 Mark pro Tag liegt, können die Preise des Vertragskaufmanns nur als Wucher und Ausnutzung einer Notlage bezeichnet werden.

7. Bessere zahnärztliche Versorgung; Möglichkeiten, einen Arzt eigener Wahl bei Behandlungen hinzuziehen zu können!
Die ärztliche Versorgung ist unzureichend. Die Abfertigung erfolgt am Fließband. Zusatznahrung und/oder gewisse Medikamente fielen unter den sogenannten „Sparerlaß". Sanitäter spielen sich wie „Götter in Weiß" auf. Fehldiagnosen und mangelhaf-

te Therapie sind oft die Regel.
8. Kontrolle eines verrückt spielenden „Sicherheits- und Ordnungs"-Denkens der Kommandantur!
Die Beauftragten für „Sicherheit und Ordnung" kennen nicht einmal das Grundgesetz der Bundesrepublik! Willkür und Häme regieren. Dinge des täglichen Gebrauchs, wie sie in allen Haftanstalten von NRW üblich sind, werden hier verboten (z.B. Tauchsieder, Kofferradio, Mitbringen von Kosmetik- und Toilettenartikeln usw.). Wir fordern eine Kontrolle der leitenden Beamten. Eine Kontrolle der Verpflegung!
9. Zügige Abwicklung von Prozessen, kürzere Untersuchungshaft.
Das Gesetz sieht eine normale U-Haftdauer von sechs Monaten vor. Hier ist dies Gesetz nicht das Papier wert, auf dem es gedruckt ist. Wir fordern auf, Haftprüfungen in der Form durchzuführen, daß dem Gesetz Genüge getan wird.
10. Abschaffung der Isolationshaft (für alle Gefangenen !!!), des Arrestes, der Hausstrafverfahren!
Diese Forderungen wurden bisher individuell von vielen Gefangenen gestellt. Individuelle Petitionen haben bis jetzt nie was genützt! Wir fordern die sofortige Erfüllung unserer Forderungen! Um zu beweisen, daß es uns mit unserern Forderungen Ernst ist, und Sie endlich die wahre Situation unserer Lage erkennen, treten wir gleichzeitig in einen, erst„befristeten Hungerstreik!"
Es folgen die Unterschriften der Gefangenen.

JVA–TEGEL: SOZIALARBEITERIN WIRD „FREIWILLIG" GEKÜNDIGT

Berlin (ID)
4. Januar

Von den sieben Planstellen für Sozialarbeiter sind seit längerer Zeit nur drei und im Moment nur eine besetzt.
Die Argumente der Anstaltsleitung lauten, daß es nicht genug Interessenten gebe — zumindest nicht nach deren Überprüfung auf Verfassungstreue.

Gegen die Entlassung der Sozialarbeiterin Frau Lumb haben Gefangene des Hauses I protestiert. Daß die Kündigung kaum rechtmäßig gelaufen sein kann, läßt sich daraus ersehen, daß sie einen Tag vor der Übernahme ins Beamtenverhältnis erfolgte.

Die Gefangenen verlangen, daß diese Maßnahme zurückgenommen wird. Zur Unterstützung dieser Forderung hat die Insassenvertretung des Hauses I ihr Amt — bis auf zwei Leute — niedergelegt. 50 Gefangene haben ab dem 31.12.1975 das Essen abgelehnt. Nach Intervention des Anstaltsleiters Maass, der anbot, einen neuen Sozialarbeiter einzustellen — brachen 20 den Hungerstreik ab. Die Mehrheit vertraute den Versprechen der Anstaltsleitung nicht bzw. bestand auf der Wiedereinstellung von Frau Lumb.

OPFER AUF DEM WEG ZUR EUROPAPOLIZEI

Frankfurt (ID)
1. Januar

Wie erst jetzt bekannt wurde, fand im Mai 1975 in der Schweiz eine Konferenz von Vertretern der politischen Polizei der Schweiz, Italiens und der BRD statt. Von deutscher Seite waren Vertreter des BKA und des Bundesverfassungsschutzamtes Mitglieder der Delegation.

Gegenstand der Konferenz war die Behandlung der politischen Gefangenen in Europa, insbesondere der Verbleib der in der Schweiz festgenommenen deutschen Staatsangehörigen Elisabeth van Dyck und der Deutsch-Italienerin Petra Krause.

Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, die deutsche Staatsangehörige Elisabeth van Dyck sofort an die Staatsschutzbehörden der BRD auszuliefern, allerdings dabei das normale rechtsstaatliche Auslieferungsverfahren zu vermeiden. E.v.Dyck wurde deshalb unmittelbar nach Abschluß der Konferenz an die Grenze Schweiz/BRD gebracht und dort abgeschoben. Auf der deutschen Seite wurde sie dann nach Betreten der BRD im Zug, der sie zu ihren Eltern führen sollte, verhaftet.

In gleicher Weise drängte das BKA darauf, Petra Krause in die BRD zu überstellen. Ein gegen sie in der BRD geführter Prozeß soll die öffentliche Meinung dafür schaffen, eine engere Koordination der politischen Polizei in Europa unter Führung des BKA durchzusetzen.

Der Forderung des BKA stand aber das bereits von Italien gestellte Ersuchen entgegen, Petra Krause nach Italien auszuliefern. Auf Druck des BKA erklärten sich die Schweizer Behörden bereit, einen von den italienischen Behörden seit langem herausverlangten Steuerhinterzieher auszuliefern, wenn die italienischen Behörden ihr Auslieferungsgesuch gegen Petra Krause zurücknähmen. Die italienischen Behörden haben bisher die gewünschte Entscheidung nicht getroffen.

Eine Delegation des BKA traf deshalb kürzlich in Mailand ein, um mit der italienischen Antiterrorismusabteilung der Carabinieri über die Auslieferung von Petra Krause an die deutschen Behörden zu verhandeln und den Verzicht der italienischen Behörden auf Auslieferung durchzusetzen. Über das Ergebnis der Verhandlungen wurde bisher nichts bekannt.

„WER HIER ANGEKLAGT WERDEN SOLL, IST DIE KPD!"

Wendisch-Evern (ID)
7. Januar

Günter Wallraff schrieb schon in einem 1970 erschienenen Buch, daß die Staatsschutzkammer am Lüneburger Landgericht bekannt sei als ein Sondergericht für politische Straftaten. Und sie ist bemüht, ihren Ruf aufrecht zu erhalten (ID 105).

Am 10. Dezember war zweiter Verhandlungstag im Oellerer-Prozeß. Auch dieser Tag wurde im wesentlichen mit der Ablehnung der von Oellerers Anwälten gestellten Anträge bestritten. Rechtsanwalt Maeffert beantragte die Einstellung des Prozesses, weil es unter diesen Umständen unmöglich sei, einen fairen Prozeß gegen Oellerer durchzuführen. Die Umstände ergeben sich durch (die oben angeführten) Sicherrungsmaßnahmen gegen eventuelle „Störaktionen". Er forderte weiterhin — hilfsweise — den Prozeß auszusetzen, bis über die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Oberstaatsanwalt von Lücken entschieden sei. Diese Anträge resultieren unter anderem aus der Tatsache, daß von den Polizeibehörden angeblich gezielte Aktionen gestartet wurden, um den Anschein zu erwecken, es handele sich hier um einen Baader-Meinhof-Sympathisanten. Darüberhinaus sei der Prozeßort von diesen Behörden dem Gerichtsvorsitzenden gegen seinen Willen aufgezwungen worden. Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberstaatsanwalt sei auf dessen, für den Angeklagten nachteiliges, Eingreifen in die öffentliche Diskussion, unter anderem durch einen offenen Brief an dieörtliche Zeitung, zurückzuführen.

Die Anwälte lehnten den Vorsitzenden erneut wegen Befangenheit ab. Er sagt, er habe mit dem Landgerichtspräsidenten die Mehrzweckhalle als Prozeßort ausgewählt, die Gründe faür jedoch im Dunkeln gelassen. Außerdem habe er eine Rüge der Verteidigung ignoriert, die sich darauf bezog, daß allen Prozeßzuhörern Bleistifte und Schlüssel vor Betreten der Halle abgenommen wurden.

Am nächsten Prozeßtag, dem 11.12., wurde auch die Beschwerde der Verteidigung von denübergeordneten Dienststellen abgelehnt. Die Äußerung des Oberstaatsanwalts von Lücken sei von ihm als Pressereferent der Staatsanwaltschaft in Lüneburg gefallen und beziehe sich eindeutig dagegen, daß Oellerer von einigen Gruppierungen

Elternrat der benachbarten Schule) als anarchistischer Gewalttäter angesehen werde. Mit der Bemerkung, die Anträge der beiden Rechtsanwälte „entbehren jeder sachlichen Grundlage" wurde deren Versuche einer Klarstellung abgewürgt.

Dieser dritte Prozeßtag verlief aber weiterhin sehr turbulent. Nachdem Maefferts Anträge immer wieder abgelehnt wurden, brachte er zum Ausdruck, daß der Prozeßgegenstand, der Verhandlungsort und die Verfahrensweise ihn sehr an Parallelen zur Nazizeit erinnerten. Ihm sei z.B. kein Fall bekannt, daß in der Nazizeit ein Prozeß in einer Turnhalle einer Gemeinde stattgefunden habe. Der Vorsitzende, Richter Henning, erwiderte, „Ich weise diese ehrabschneidenden Parallelen mit dem Ausdruck äußerster Erregung zurück! Ich halte es für möglich, daß das Folgen haben wird!"

Auch zwischen dem Oberstaatsanwalt und Maeffert kam es zum Streit. Von Lücken behauptete, die Anträge der Verteidigung dienten lediglich dazu, den Prozeß zu verschleppen. Maeffert erwiderte, er halte diese Unterstellung für ungeheuerlich. „Dieser Vorwurf ist die Vorbereitung für meinen Rausschmiß!"

Dann wurden als Zeugen Oellerers füherer Kompaniechef und zwei Kameraden gehört. Sie sagten, Oellerer hätte bis jetzt nur eine Disziplinarstrafe wegen unerlaubten Fahrten nach Ostberlin. Ansonsten „hätten die Soldaten kein Interesse an Klassenkampfparolen"(!) Die Zeugen bestätigten, daß Oellerers Versuch einer Politisierung innerhalb der Bundeswehr nicht erfolgreich gewesen sei.

7.1.76. Die Mehrzweckhalle in Wendisch Evern wird immer noch schwer bewacht. Aber wovor? Klaus Oellerer ist seit Beginn des Prozesses auf freiem Fuß. Und der Prozeß dreht sich auch jetzt mehr um sich selbst, als um den Angeklagten. Zur Zeit geht es um die Rechtmäßigkeit der Sicherheitsvorkehrungen und der Maßnahmen der Polizei, die die im Rahmen der Kontrollen vor dem Verhandlungssaal abgegebenen Personalpapiere der Zuschauer erkennungsdienstlich behandelt.

Außerdem ist ein Bekannter von Oellerer in Hamburg von der Polizei festgenommen worden und viereinhalb Stunden ohne Begründung festgehalten worden.

Diese Vorkommnisse sollen im Rahmen eines Antrages der Verteidigung an das Verwaltungsgericht Lüneburg geklärt werden. Es wurde eine einstweilige Verfügung gegen das Land Niedersachsen beantragt.

Anfang Januar wurden diese Anträge abgelehnt, der Regierungspräsident in Lüneburg betonte, daß Sicherungsmaßnahmen (Stacheldraht, Leibesvisitationen, starke Polizeikräfte) von der Polizei im Einvernehmen mit dem Landgerichtspräsidenten durchgeführt werden. „Das politische Klima bei Prozessen dieser Art ist nach allgemeinen Erfahrungen so." Die Anwälte Maeffert und Remé haben mitgeteilt, daß sie für ihren Mandanten Verfassungsbeschwerde einlegen werden.

2. JUNI ZU BOMMI BAUMANN

BERLIN (ID)
6. Januar

„Wie alles aufhört" ist ein Flugblatt des 2. Juni zu Bommi Baumanns Buch überschrieben. In dem eher feuilletonistischen Kommentar, der keine konkreten Entgegnungen enthält, wird gesagt:

„Die PR-Abteilungen verschiedener „linker" Verlage, Zeitungen, privater Vereinigungen haben ausgeklüngelt, was jetzt langsam dem Höhepunkt entgegen rollt. Nach Freß-, Sex-, Shit-,und anderen Wellen, jetzt die Bommi-Welle. Ein wahrer Feldzug gegen die Gewalt von unten. Ein bißchen Simmel, ein bißchen Semmler, ein wenig Klatsch, einige NotLÜGEN, schon ist der Hase gelaufen."

Laut 2. Juni hat sich Bommi zum „Handlanger der Staatsler" gemacht, seine „Motive" werden nach einigem stilistischen Hickhack („Lange haben wir nachgedacht, recherschiert, überlegt, den Kopf zerbrochen, den Arsch wundgesessen") so erklärt:

„Hinter allem stecken Wünsche. Der Wunsch geliebt zu werden. Der Wunsch nichts tun zu müssen. Der Wunsch frei zu sein. Hauptsächlich dieser. Frei sein, high sein. Hier und Heute. Im christlich-kapitalistischen Abendland. Jeder ist eine Insel. Jeder kann frei sein. Hier und Heute.Die Welt ist schön. Liebt euch Genossen. Schmeißt die Knarren weg, dann lassen euch die Bullen schon in Ruhe!? Alles wird gut werden. Schöne, heile Welt."

Für Bommi sei die „Knarre Schwanzersatz" gewesen, drum kommt beim 2. Juni als negative Abgrenzung zu Bommis Darstellung der Schluß:

„Weil es so nicht ist, weil wir nicht so sind, weil er so war, ist es kein Beitrag zu einer Auseinandersetzung über uns: Was wir machen. Wie wir leben. Was wir wollen."

WEIHNACHTSMANN BEI DER FRANZÖSISCHEN ARMEE

NEUSTADT (ID)
5. Januar

Am Montag, 22.12.75 setzt die französische Armee einen Sonderzug für etwa 800 ihrer Soldaten ein. Von Neustadt/Weinstrasse aus geht die Fahrt in den Urlaub.

Das Internationale Komitee zur Unterstützung französischer Soldaten in der BRD verteilt an die Soldaten Weihnachtsgeschenke, kleine Schokoladenstücke, säuberlich verpackt in ein Papier, das eigens zu diesem Zweck hergestellt wurde.

Auf dem Papier wird den Soldaten gewünscht:

- Frohe Weihnachten
- Das Komitee möchte hiermit zeigen, daß es die Soldaten immer unterstützt
- Das Komitee wünscht den Soldaten, daß die Versprechungen ihres Kommandeurs, General Marinelli, der behauptet hat, er unterstütze schon lange die existierenden Soldatenräte (siehe ID Nr. 106), im kommenden Jahr Wirklichkeit werden und zwar mit Räten, die von den Soldaten selbst gewählt wurden.
- Sollte der Weihnachtsmann Euch Verhaftungen bringen, wendet Euch an das Komitee.

Als die mitfahrenden Militärpolizisten aus dem Zug ausstiegen und sich auch ein Weihnachtsgeschenk geben lassen wollten, erhielten sie selbstverständlich auch ihre Schokolade. Sie wickelten sie aus und fanden – einen weißen Zettel.

DER VERGLEICH IM ROTBUCH / DELIUS–PROZESS

BERLIN (ID)
5.Januar

Der dreijährige Prozeß der Siemens AG gegen die im Berliner Rotbuch Verlag erschienene Dokumentsatire „Unsere Siemens-Welt" von F.C.Delius ist jetzt mit einem Vergleich beendet worden:

1. Der Rotbuch-Verlag verzichtet auf eine Revision des Urteils des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 11.6.1975 beim Bundesgerichtshof.
2. Die Siemens AG stellt keinerlei Schadensersatzansprüche an Autor und Verlag.
3. Im übrigen gilt das Berufungsurteil des OLG Stuttgart, wonach neun der insgesamt 19 von Siemens angegriffenen Formulierungen nicht wiederholt werden dürfen und der Titel des Buches unangefochten bleibt.

Wie Delius und der Rotbuch-Verlag dazu erklären, wird mit dieser Regelung das umstrittene Urteil, das die unternehmerischen Interessen über die künstlerisch-satirischen stellt, zwar rechtskräftig; durch den jetzt erreichten Verzicht auf Schadensersatzansprüche ist jedoch die Existenzbedrohung des Verlages abgewendet worden.

Trotz des Vergleichs sind – vor allem durch den von Siemens angesetzten Streitwert von 200 000 DM – dem beklagten Verlag und seinem Autor Kosten in Höhe von knapp 37.000 DM entstanden. Eine sechste, wesentlich erweiterte Auflage der „Siemens-Welt" wird im März 1976 erscheinen.

CDU-SPENDENAKTION FÜR PORTUGIESISCHE FREUNDE

Bonn (ID) 5. Janaur Der Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten, Kai-Uwe von Hassel, muß bei Portugal unbehagliche Erinnerungen haben. Er wurde bei einer Konferenz der portugiesischen Christdemokraten im letzten Jahr von Demonstranten am Verlassen des Saales gehindert. Nun hat er mit seinem Parteikollegen und Weinhändler Elmar Pieroth eine vorweihnachtliche Spendenaktion „CDU hilft Portugal und Spanien" angekurbelt. Wozu die „gemäßigten demokratischen Kräfte", die dadurch finanziert werden sollen, fähig sind, haben sie bei den Säuberungen nach dem 25. November und speziell bei den Erschießungen in Porto unter Beweis gestellt. In dem Spendenaufruf vom 17. Dezember heißt es:

„Seit über einem Jahr müssen wir zusehen, wie Portugal mehr und mehr unter den Einfluß radikaler und vor allem kommunistischer Kräfte gerät. Obwohl die Entwicklung in den letzten Monaten gezeigt hat, daß in Portugal selbst unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen für die Demokratie noch nicht alles verloren war, herrschte auf der freiheitlichen undliberalen Seite des Westens weitgehend Fatalismus vor: „Es scheint doch nichts mehr zu machen zu sein."

Dabei weiß jedermann, daß das weitere Schicksal Portugals — ebenso wie das weitere Schicksal Spaniens — unmittelbar auch unsere Interessen berührt. Die rote Fahne über Lissabon und Madrid leitet das Ende eines freien Europas ein.

Deshalb muß es unser Ziel sein, mitzuhelfen, dem Kommunismus und dem linken Sozialismus in Portugal und in Spanien den Weg zur Macht zu versperren. Wir haben uns durch mehrmalige Besuche in Portugal und Spanien selbst davon überzeugt, daß dort unsere Freunde in den nicht sozialistischen, insbesondere in den christlich-demokratischen Parteien zahlreich und sehr einsatzwillig sind.

Spätere Generationen werden es nicht verstehen, wenn der wohlhabende Westen seinen politischen Freunden nicht helfen würde, der arme Osten aber seine politischen Helfer in ungeahntem Ausmaß finanziert!

Finanzielle Hilfe, mit der wir unseren Freunden auch die tägliche politische Auseinandersetzung mit den mächtigen kommunistischen Kräften erleichtern können, ist dringend geboten.

Unser Ziel ist die Sicherung demokratischer Freiheit. Das gilt nicht nur für unser deutsches Vaterland; das muß auch für ganz Europa gelten. Wir bitten Sie deshalb um eine Spende. ..."

Mit freundlichen Grüßen und dem Hinweis, daß die Spenden obendrein steuerlich abzugsfähig sind, verabschieden sich Hassel und Pieroth, die Freunde des „wirklich demokratischen Portugal".

ENGEL GIBT ES NICHT ...

Frankfurt (ID) 7. Januar Zu dem Auftritt der „Kleinen Engel aus Korea", der Kulturtruppe der „Vereinigungskirche" (ID 106), wurden in Frankfurt vor der Vorstellung am 30.12.75 Flugblätter im Stil eines Programmheftes verteilt. Wir wählten diese Form, um mechanische Abwehrreaktionen gegenüber Flugblättern zu umgehen; immerhin versammelte sich hier ein extrem apathisch-bewußtloses Peter-Alexander-Publikum. Auf der Vorderseite des Blattes war ein herziges Foto der Tanzgruppe und ein fettgedrucktes „Herzlich willkommen". Innen folgten dann Hintergrundinformationen über die Engel und ihre Kirche. Die festlich gekleideten Konzertgäste nahmen das Blatt auch meist ordentlich entgegen und hielten es dann mit der Eintrittskarte (16 Mark und mehr) stramm fest. Es wurde gelesen, aber kaum darauf reagiert. Zwischen den einzelnen Szenen kam tosender Applaus auf — besonders bei der Nummer „Spielzeugsoldaten". Von einem elfjährigen Uniformierten mit militärischem Gruß angekündigt, marschierten die süßen kleinen Engel zu Radetzkiklängen parademäßig auf und ab. Als Knüller wurden dann noch drei Deutschlandfahnen und drei Südkoreafahnen in die Militärshow des Vereinigungsnachwuchses einbezogen. Applaus, Applaus.

Im offiziellen Programmheft war natürlich nichts über die Kirche genannt, nur tränenseliger Herzensschmals über die zarte exotische Märchenwelt usw.. Allerdings wurde der „Oberst der koreanischen Armee, Bo Hi Pak" arglos als Gründer angegeben. (Zu seiner geheimnisumwitterten Person siehe ID 103). In der FAZ vom 2.1. wurde auf die Flugblätter so eingegangen: „Natürlich fehlten auch nicht die Meinungsbildner der politischen Szenerie, die verrieten, daß es Engel überhaupt nicht gebe und die Show nur ein antikommunistisches Propagandawerk koreanischer Militaristen sei." Ansonsten wurde der Auftritt als „freudiges Ereignis" gewertet.

Und noch ein Zitat: Peter Alexander sagte laut Lippmann & Rau-Programmheft: „Am liebsten würde ich mir einen kleinen Engel schnappen und mit ihm verschwinden."

— Aufforderung zur Gewalt

AUSLAND

VEREINIGUNGSKIRCHE IN ÖSTERREICH

Wien/Frankfurt (ID) 7. Januar In dem weltweiten Komplex der Vereinigungskirche (ID 99,101,103,106) ist auch Raum für die Erprobung unterschiedlicher politischer Strategien — unter Beibehaltung des selben faschistischen Ziels.

An österreichischen Universitäten zeigt sich die Parallelorganisation der in Deutschland aktiven CARP als Wolf im Schafspelz. Unter dem gleichen Emblem wie CARP heißen sie dort „Neue Mitte" und legen Wert auf gemäßigtes sympathisches Auftreten; konservativ, moralbewußt aber entschieden demokratisch.

Begonnen hatten sie ihre Aktivitäten Ende 74 mit einem Verwirrspiel: sie verteilten anonyme Flugblätter im platt kopierten ML-Jargon auf denen gefordert wurde: „Faschisten raus aus den Galapagos-Inseln". Dort wurde die „neue Schandtat des US-Imperialismus und ihrer Lakaien ruchbar" gemacht, nämlich die Errichtung eines Terror-Regimes gegen das Volk" auf den Chilevorgelagerten Inseln, die nur von Vögeln bewohnt sind. „Unser Vertrauensmann berichtet von Massenhinrichtungen und Folterungen von Patrioten. Die Inflationsrate beträgt 500 bis 700 %.Die Preise steigen ins Unermeßliche. Ein Pfund Bohnen kostet zwei, ein Liter Tequila drei Durchschnitts-Monatsgehälter je Landeswährung, die Kaurimuschel wurde 17 mal abgewertet. Das gesamte Volk erhebt sich gegen die Usurpatoren. Ein Streik löst den anderen ab. Nur noch die reaktionäre Clique der Medizinmänner und die US-Imperialisten stützen noch den lebenden Leichnam der Schreckensjunta." Der zynische Mumpitz mit linker Phraseologie wurde in hoher Auflage und in Erwartung grösserer Verunsicherung verteilt. Eine mögliche Reaktion produzierte die Neue Mitte, immer noch anonym, daraufhin selber, indem sie auf dem nächsten Flugblatt geschwind die Rollen wechselte und forderte „Schluß mit dem Galapagos-Unsinn". Dort hieß es dann schelmisch: „Daß die ganze Sache total erfunden ist, ist wohl offensichtlich. Man kann hunderte solcher Geschichten erfinden und wahre Begebenheiten zu hunderten Versionen verzerren. Wem soll man da glauben: Gewöhnlich dem, der den Mund am weitesten aufreißt. Das ist aber nicht richtig. Möglicherweise war es die Absicht dieser Leute, uns das an einem drastischen Beispiel klar zu machen. Wir müssen wachsam sein und uns gegen jeden Manipulationsversuch wehren. Informiert euch von möglichst vielen Seiten! Dann werdet ihr schon sehen, wem ihr am meisten Vertrauen schenken könnt." Die Absicht war klar: linke Flugblätter sind erfundene Geschichten, wo

ein Terror-Regime angeklagt wird, soll man sich auch bei dem Terror-Regime erkundigen, ob das auch stimmt! Der nächste Bluff in dieser Serie war ein rechtsradikal gehaltenes Flugblatt „Gegen die rote Galapagos-Lüge". Danach endlich gab sich die CARP/Neue Mitte unter der Überschrift „Sei nicht böse" zu erkennen und erklärte, sie wolle mit diesem „Ulk" vor Demagogen warnen. Die Äußerungen der Linksextremisten seien „so geschickt abgefaßt, daß man bei der herrschenden Naivität der Masse ihre hohle Phraseologie nicht durchschaut und darauf hineinfällt. In unserer Galapagos-Aktion haben wir es gewagt, diese Phraseologie geringfügig zu verändern, um ihre Unsinnigkeit offenbar zu machen. Der Erfolg gibt uns recht. Die zunehmende Radikalisierung auf den Hochschulen, von der wir hier sprechen, vergiftet die Atmosphäre und wird uns bald an einem ordentlichen Studium hindern, wenn es so weitergeht. Aber zum Studieren sind wird doch eigentlich hier, oder?" Und witzig, wie sie sind, luden sie gleich statt zu einem Teach-in zu einem Teach-out ein, das dann aber wegen angeblicher Drohanrufe von Linksextremisten abgesetzt wurde.

In einer Flugblattserie „Konzept alternativ" gab die Neue Mitte in den darauffolgenden Wochen staatsbürgerliche Nachhilfestunden. „Was leisten Sie?" fragten sie ultimativ und kommentierten gescheit: „Jeder möchte konsumieren, ohne sich zu überlegen, wie das alles zustandekommen soll." Oder unter den Thema: „Was geht mich der Staat an?" „Denkt man denn nicht daran, daß die Leistungen des Staates nur durch Beiträge der Staatsbürger erbracht werden können? Überhaupt, kann man den Staat nicht getrennt von sich selbst betrachten?" Ein anderes Mal kommen sie nach ein paar kulturpessimistischen Gedanken doch zu der Überzeugung, daß Amerika Vorbild sei.

Derlei profunde Diskussionsbeiträge beziehen sich allerdings nie auf konkrete Auseinandersetzungen, immer nur auf irgendwelche „Grundhaltungen". In ihrem Katheder-Stil, der an die Simplifizierung der Sozialkunde-Demokratie erinnert, fehlt das antikommunistische Säbelrasseln der deutschen CARP völlig.

Folgerichtig stellte sich auch Neue Mitte-Kandidat Kretschmer für den letzten Wiener Studentenausschuß mit der liebenswürdigen Forderung zur Wahl: „Ich werde mich bemühen, daß auf der Uni Studienräume eingerichtet werden, damit du die Zeit zwischen zwei Vorlesungen in einer angenehmen Atmosphäre voll nützen kannst." Mit diesem profilierten Tarnprogramm konnte allerdings kein Sitz gewonnen werden. Substantiell kommen, wenn auch milder verpackt, die Vereinigungsvorstellungen: freier Westen gegen satanischen Kommunismus dann doch heraus. Auch wenn es niedlich heißt: „Politik nur als Machtkampf zwischen einzelnen Interessenvertretungen lehnen wir ab."

Es fällt schwer, diese Parolen mit dem jüngsten CARP-Aufruf gegen den Kommunismus in Zusammenhang zu sehen, in dem Marx b. hauptet wurde, er werte den Menschen nur als ein vom Egoismus getriebenes Tier, und auf dem gefordert wird, „Kollegen, schließt euch am Arbeitsplatz zusammen und wehrt euch gegen zerstörerische kommunistische Agitation". Die unterschiedlichen Töne beweisen nur die strategische Raffinesse, mit der die Vereinigungsorganisation in verschiedenen politischen Situationen eingesetzt werden.

Teil der Strategie ist auch, die facettenreichen Untergruppen der Kirche als eigenständige Bewegungen zu präsentieren. Die Neue Mitte gab sich zunächst nicht als Teil der „Gesellschaft zur Vereinigung des Weltschristentums", die in Österreich seit 1966 besteht. Anfänglich war ihr Chef der jetzige deutsche Vereinigungsoberst Paul Werner. Im Januar 74 wurde die Gesellschaft vereinigungsbehördlich aufgelöst, weil in den Satzungen Ungereimtheiten waren. Die Neue Mitte hingegen arbeitete unverdrossen weiter. Mittlerweile ist das Verbot der Vereinigungskirche wieder aufgehoben worden — dafür hat sich jetzt die Neue Mitte als Verein selbst aufgelöst und plant die Zulassung als politische Partei ... .

Zuerst hatte die Kirche in Österreich mit ihren skandalös-mysteriösen Werbemethoden Aufsehen erregt. Die Wiener „Presse" berichtete schon im Sommer 73 über häufige Anfragen von besorgten Eltern, „die ihre Kinder an eine sehr ungewöhnliche Sekte verloren haben". Der „Wiener Kurier" überschrieb seinen Kirchenartikel vom 24.6.74: „Eltern erkennen eigene Kinder nicht wieder" und berichtete weiter, daß eine Köchin der Kirchenkantine jedesmal ein vom Messias-Mun gesegnetes „heiliges Salz" an die Speisen tun mußte. Das Pastoralamt der Erzdiözese Wien schrieb eine lange Abhandlung und ließ Handzettel mit Warnungen vor falscher Theologie und unchristlichen Praktiken verteilen.

Nach dem Verbot und den Neue Mitte-Aktivitäten in neuem Gewand wurde es dann still um die Sekte.

Die Kirche selbst hat auch in Österreich an alles gedacht: Was die „Kleinen Engel aus Korea" international an Kulturkampf leisten, betreibt in kleinerem Maßstab der 1972 gegründete „Wiener Jugendchor."

JAHRESTAG DER FASCHISTISCHEN BOMBEN AUF DER PIAZZA FONTANA

MAILAND

„Am Mittwoch, 10.12.75, hat ein bewaffneter Kern der BR die Kaserne der Carabinieri in via Montecatini angegriffen und ein Militärfahrzeug (Kleinbus Fiat 850), das im Hof geparkt war, zerstört. Wir stellen fest, daß diese Nachricht unterdrückt worden ist. Die Carabinieri sind der mörderische militärische Arm der Konterrevolution, die die multinationalen Kapitalisten gegen das Proletariat in Gang gesetzt haben. Sie haben Blankovollmachten zum rücksichtslosen Waffengebrauch und morden „kaltblütig" oder „heißblütig", um die „Ordnung" des Regimes zu schützen. Die Toten zählt man nicht mehr.

Aber hinter dem einzelnen Karabinieri, der auf den Abzug drückt, besteht ein dichtes Netz von gegenseitiger Absicherung und Rückendeckung, in das auch die sogenannten „linken" Parteien verstrickt sind. Es ist notwendig, überall Kerne der bewaffneten proletarischen Macht zu schaffen, um dem bewaffneten Programm der Imperialisten mit einer bewaffneten kämpfenden Partei zu begegnen. ... Es ist notwendig, ständig und mit steigender Intensität die Schlupfwinkel, die militärischen Instrumente, die Infrastrukturen und die führenden Köpfe zu schlagen."

Schon am 5.12. hatten die BR das Auto von Alberto Garocchio, Exponent der Democrazia Cristiana und Mitglied des „Studienzentrum für Erfahrungen zu Einheit" hochgehen lassen, Aktionen, die von den Zeitungen ebenfalls zunächst verschwiegen worden war. In dem Flugblatt zu dieser Aktion heißt es u.a.:

„'Erfahrungen zur Einheit' ist das Markenzeichen, unter dem 'Communione und Liberazione' (Kommunion und Befreiung — nicht offizielle Jugendorganisation der DC) zu den Wahlen antritt. Alberto Garocchio ist der Direktor der „Erfahrungen zu Einheit". Er ist außerdem: Gemeinderat der DC und Mitglied der Bürgerdirektion, immer für die DC. Communione und Liberazione ist die Kehrseite der DC von de Carolis. Während die „Rechte" direkt für eine reaktionäre Wende eintritt und sich darauf organisatorisch vorbereitet, liefert Communione und Liberazione die Fassade.

Es ist ein Mysterium nur für die Revisionisten, die sobald sie nur die Gelegenheit dazu haben, mit diesen Berufsprovokateuren im Sold des Imperialismus zusammenarbeiten, daß Communione und Liberazione mit der schweigenden Mehrheit, mit den Spionagezentralen (vom Typ „christliches Rußland") und mit den schwärzesten Faschisten zusammenarbeitet."

(nach: Corriere della Sera, 14.12.75)

*

Am Abend des 11.12.75 wurde ein Anschlag mit Molotovs und einer Maschinenpistole gegen eine Kaserne der Carabinieri in Mailand durchgeführt. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit ge-

löscht werden. In einem Flugblatt übernehmen zwei „nuclei proletari armati" (bewaffnete proletarische Kerne) die Verantwortung für den Anschlag. Das Kommunique wurde von den Zeitungen vollständig veröffentlicht:

„Heute, am 11. Dezember, haben zwei bewaffnete proletarische Kerne die Kaserne der Karabinieri in Via Gentilinio angegriffen. Die Aktion wurde mit Molotovs und einer Lupara (Maschinenpistole) durchgeführt.

Die Carabinieri sind das Hauptinstrument des Staates gegen die kämpfenden Proletarier und nach der Verabschiedung des Antiterrorismus-Gesetzes (Juni 1975) die offiziellen Killer des Regimes. In Mailand gibt die reformistische Stadtverwaltung dazu ihren Segen, nachdem sie schon, als Beitrag zur Militarisierung der Metropole 700 „Ordnungshüter" in „Hüter" einer locker sitzenden Pistole verwandelt hat.

Bei dieser Aktion interessierte uns weder die physische Eliminierung der drei verkrüppelten Kanaillen (in der Kaserne befanden sich drei Carabinieri, A.d.Ü.) – ihr Leben würde nicht genügen, um das eines einzigen ermordeten Arbeiters aufzuwiegen – noch die totale Zerstörung ihres Schlupfwinkels. Dazu hätte es nicht viel mehr bedurft. Granaten statt Molotovs hätten gereicht, oder vielleicht daß irgendein Genosse mit einer gewissen Präzision gestolpert wäre (Anspielung auf einen Bullen, der im Hauptbahnhof von Mailand einen „Verdächtigen" durch Kopfschuß tötete, weil sich ihm beim „Stolpern" ein Schuß gelöst hatte, A.d.Ü.)... oder, noch einfacher, mit der Methode, die sie selbst immer häufiger benutzen: sie kaltmachen, wenn man drin ist.

Was wir zeigen wollen ist, daß man diese Verbrecher mit einfachen Mitteln bekämpfen kann, dort, wo sie sich am sichersten fühlen: in einer militarisierten Stadt. Und das ist wichtiger, als sie zu töten, ist die Voraussetzung dafür, daß die Bewegung anfängt, nach den Toten in den eigenen Reihen, die in den Reihen der Gegner zu zählen.

Pagherete Caro Pagherete Tutto
Ihr werdet teuer und ihr werdet alles bezahlen."

*

In der Nacht vom 10./11.12.75 haben die BR in verschiedenen Stadtvierteln von Turin die Autos von sechs Kapitalistenknechten hochgehen lassen. In einem Flugblatt übernehmen sie die Verantwortung und listen die bestraften Personen auf:

„ ... De Nadei Niccolino, Via Tessarin 6, Venaria, besaß eine Fulvia GT, weiß, Kennzeichen TO 937314. Spitzel bei den Pressen (bei Fiat), schmieriges Instrument des Personalbüros, Verantwortlicher für die Repression und für alle Versetzungen und Entlassungen in der letzten Zeit.

Benedetti Giuliano, Via Anastasio 190, Grugliasco, besaß einen Fiat 128, rot. Reaktionärer Abteilungschef der Cisnal (faschistische Gewerkschaft, A.d.Ü.), Verantwortlicher der Sektion Mechanik (Abteilung Mechanik der Fiat, A.d.Ü.).

Abste Vincenzo, Via Foligno 121, besaß einen Fiat 128 Sport coupe, blau. Repräsentant der SIDA (gelbe Gewerkschaft der Fiat) für die Abteilungen 71, 72, 92 und die Mechanik 1.

Argentiero Francesco, Via Nonis di Cossila 16, besaß einen Fiat 128, grün. Repräsentant der SIDA.

Gallerino Giovanni, Via Gaula 117, besaß einen Fiat 850, weiß. Torwächter am Tor 15, Teil des militärischen Kontrollapparates Agnellis.

Greco Antonio, Via Finalmarina 8, besaß einen Fiat 1500. Faschist, Mitglied der CISNAL, arbeitet in den Pressen Mirafiori. Bekannter Schläger, Freund der Bullen und schon im Gefängnis von Turin von den Genossen Gefangenen bestraft."

Das Flugblatt sagt, daß dies die letzte Warnung an die betreffenden Personen ist. (nach: CdS, 12.12.75)

*

Die Massendemonstration der Gewerkschaften zum 12. Dezember war auf Neapel konzentriert unter der Parole: „Für die Entwicklung des Mezzogiorno". An der Demonstration nahmen ca. 300.000 Arbeiter teil, Tausende erreichten Neapel in Sonderzügen und Bussen (36 Sonderzüge, mehr als 1.000 Busse, zwei Schiffe, Hunderte von Privatautos). Obwohl die Teilnahme, vor allem der angereisten Arbeiter, von den Gewerkschaften durch Vergabe der Plätze in Zügen und Bussen streng kontrolliert wurde, verlief die Demo nicht ohne Intervention der außerparlamentarischen Linken, die ihren Protest gegen die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften und des historischen Kompromisses der PCI zum Ausdruck brachten. Eine Gruppe von Genossen der außerparlamentarischen Linken und der Arbeitslosen von Napoli, denen es gelungen war, sich direkt unter der Rednertribüne zu postieren, begleitete die Reden der Gewerkschaftsführer mit Pfiffen und Wurfgeschossen aus Brötchen, Äpfeln und leeren Flaschen.

LONG KESH IST AUFGELÖST – LONG WIRD AUSGEBAUT

BELFAST (ID) 2.Januar

In diesen Tagen verbreiten die bürgerlichen Agenturen, das Konzentrationslager Long Kesh in Nordirland sei aufgelöst. Es ist nicht uninteressant zu fragen, was daraus wird.

Bautrupps sind nämlich zur Zeit damit beschäftigt, das KZ auszubauen und, wie es offizielle heißt, „herzurichten". Darüber berichten auch Gefangene, die immer noch dort sitzen, so Garry Adams und Ivor Bell, die zum linken Flügel der IRA zählen, wes wegen man sie auch behält. Wichtiger ist noch: ab 1.März 76 soll kein Gefangener der IRA mehr politischen Status erhalten, sondern als „gemeiner Krimineller" abgeurteilt werden.

Das sind die „Fortschritte". Hinzu kommt, daß Long Kesh und die anderen Gefängnisse derart „umstrukturiert" werden sollen, daß keine „Lager"mehr entstehen. Lager erlauben nämlich Kommunikation, Schulung, Zusammenarbeit, Handwerk, sogar militärisches Training etc., weswegen Long Kesh stets als „große Schule" für Mitglieder der IRA galt. Keine Demoralisierung trat auf, sondern bewußte Kämpfer verließen das Lager.

Das muß natürlich ein Ende haben: und daraus wird werden, daß England sich am internationalen Niveau orientiert: nämlich Stammheim, Isolierung und Kriminalisierung.

Die südirische Regierung bewegt sich sychron auf ähnlichem Niveau: Es wurden alle gaelischen Sprachkurse abgesagt, weil, wie es heißt, „kein Gefangener ein Recht darauf habe, einen anderen Gefangenen zu schulen". Genaue Informationen können dem gerade erschienen INFO 10 des Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitees , 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171/73212 entnommen werden.

EIN KURS IN VOLKSMEDIZIN

NEW YORK (LNS/ID) 24.Dezember

In der Süd-Bronx, einem vorwiegend schwarzen und lateinamerikanischen Viertel, ist das Volksgesundheitszentrum eine kollektiv geführte, unabhängige Klinik, die den Leuten in der Umgebung und allen, die sie in Anspruch nehmen wollen, dient. Obwohl sie normalerweise finanziell schlecht gestellt ist, besteht die Klinik seit 1969. Von den Patienten wird nur ein geringes Entgeld verlangt und weitere Unterstützung kommt von „Medicare und Medicaid". (In Amerika ist Krankenversicherung nicht obligatorisch und nur in Betrieben vorhanden, wenn sie von der Gewerkschaft erkämpft wurde. Medicare und Medicaid sind Regierungsinstitutionen, vor allem zur Gesundheitsfürsorge für alte Leute. - Anm. der Red.) Im Kollektiv gibt es eine Krankenschwester, drei Ärzte, drei Zahnärzte, einen

Verwaltungsangestellten und vier Pfleger, die in einem der Kurse im Gesundheitszentrum ausgebildet wurden.

1970 wurden zum ersten Mal Leute aus der Süd-Bronx medizinisch soweit ausgebildet, daß sie Untersuchungen in den Häusern ihrer Nachbarschaft durchführen konnten, hauptsächlich in Bezug auf Bleivergiftungen, Tuberkulose, Anämie und andere häufig auftretende Krankheiten. Eine Ärztin des Gesundheitszentrums erklärt dazu: „Diese Untersuchungen z.B. müssen nicht von einem ausgebildeten Arzt durchgeführt werden; jeder kann diese Tests durchführen und es gibt auch keine gesetzliche Beschränkung."

Sie schätzt, daß 2/3 der Leute, die am Kurs teilgenommen haben, entweder weiter im Gesundheitswesen ausgebildet wurden, oder einen Beruf auf diesem Gebiet ergriffen haben. „Oft kommen Leute, die die Kurse beleben, aus unterprivilegierten Verhältnissen oder gehören einer Rasse an, wo sie normalerweise nicht die Möglichkeit gehabt hätten", fügte sie hinzu.

Ein Kursus dauert normalerweise 4-6 Monate, ist kostenlos, nur finanziell besser gestellte Leute werden um Spenden gebeten. Zur Zeit treffen sich zwei Gruppen von je 20 Leuten jeden Samstag für 4 Stunden. 2 Medizinstudentinnen nehmen an dem Unterricht teil, weil sie hier den sozialen Zusammenhang zu ihren Studien sehen und nicht isoliert ein formales Training absolvieren. Mehrere ältere Frauen sind dabei, weil sie sich weiterhin um die Gesundheit in ihrer Familie und ihrem Wohnviertel kümmern wollen. Eine Gruppe von Pflegern aus einer freien Klinik in Manhattan frischen durch die Teilnahme ihre Kenntnisse auf und erweitern ihre Fähigkeiten. Ein weiterer Schüler ist von Beruf Taxifahrer, der mit anderen innerhalb der Gewerkschaft für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Sicherheit und Gesundheit) arbeitet.

Die Lehrinhalte werden von den Schülern selbst bestimmt – je nach Bedürfnissen – und die Lehrmethode wird so gehandhabt, daß von dem, was für die Gesundheitspflege usw. gebraucht wird, zu den wissenschaftlichen Voraussetzungen, die diese Schritte begründen, zurückgearbeitet wird. Für diejenigen, die in den freien Kliniken mitarbeiten, sind z.B. Verwaltungsarbeiten genauso Inhalt ihrer medizinischen Ausbildung wie Ernährungswissenschaften usw. Dadurch wird die ganze Mystik, die die Medizin umgibt, aufgehoben und die Inhalte werden jedem zugänglich.

BÜRGERKRIEGSMANÖVER IN WOUNDED KNEE

WASHINGTON (NY / Guardian / ID)
10.Dezember

Der „Auftritt" des FBI und der Streitkräfte in Wounded Knee (s. ID Nr. 5,20,25) stellte sich nach den neuesten Pentagon-Enthüllungen als geheimer Probeeinsatz der Streitkräfte heraus. Das ganze war Teil eines größeren Plans – Kodename: garden plot – in dem die US-Armee gegen mögliche Volksaufstände innerhalb des eigenen Landes trainiert werden sollte. Dieser Plan trat 1968 in Kraft und wurde 1975 wieder fallengelassen.

Während der Zeit der Auseinandersetzungen im Februar – Mai 1973 wurden drei Offiziere einer Pentagon-Spezialeinheit zur Leitung der militärischen Operationen abberufen. Der FBI-Plan (2000 Soldaten stürmen und besetzen das Dorf; dann verhaftet die FBI die Indianer) wurde verworfen. Colonel Warner stellte sich ein Intervenieren so vor: „Das Spiel heißt nicht, Indianer töten oder verletzen. Die Armee würde danach nicht gut angesehen sein. Zeit spielt für uns keine Rolle. Das Wesentliche der Übung ist, daß es dabei keine Märtyrer gibt."

Obwohl die Offiziere Wounded Knee in Zivil besuchten und in einem Bericht feststellten, daß der Aufwand eher „beschämend für die Regierung im allgemeinen und die Justiz im besonderen sei", bestellten sie dennoch erstaunliche Mengen an Material: über 100 000 M16 Patronen, 15 Panzerwagen, hunderte von Soldaten usw. Ein ganzes Geschwader von Aufklärungsflugzeugen, das schon in Vietnam eingesetzt worden war, überflog Wounded Knee und machte Luftaufnahmen. Die zweiundachzigste Division der Luftwaffe stand die ganze Zeit über in Alarmbereitschaft.

REPÚBLICA EINGESTELLT

Lissabon (PN)
5. Januar

Der im Juli 1975 von derMFA und dem Revolutionsrat eingesetzte Verantwortliche für die Herausgabe der República, Hauptmann Jorge Pereira Carvalho, hatte beim Revolutionsrat um seine Entlassung gebeten. Diese wurde in der letztenWoche angenommen und damit war das Erscheinen der República in ihrer jetzigen Form in Frage gestellt. Nach dem Pressegesetz vom 9.9.75 muß jede portugiesische Zeitung einen der Regierung gegenüber Verantwortlichen stellen, der vom Eigentümer akzeptiert wird. Eigentümer der República sind aber immer noch die der PS nahestehenden Kleinaktionäre und der Hauptaktionär Raul Rego, der frühere Herausgeber. República ist im Augenblick ohne Direktor ohne Verwaltung und ohne eine konkrete Antwort der Regierung. Sie bewegt sich also nahe der Illegalität.

Am letzten Montag, 29.12.75, beschlossen die versammelten Redakteure und Arbeiter, daß, sollte die alte Verwaltung wieder eingesetzt werden, es keine Entlassungen, keine Änderung des Selbstverständnisses, keine Säuberungen von Linken geben sollte.

Auf der Versammlung waren von den 190 República-Arbeitern, nur 122 anwesend, 43 unterstützten die Resolution, 32 stimmten dagegen, 11 enthielten sich. Die Redakteure hatten vorgeschlagen, daß man die República auch ohne Zustimmung des Revolutionsrates druckt, was aber auf den Widerstand der um ihre Arbeitsplätze fürchtenden Arbeiter stieß. República wäre nämlich somit illegal erschienen.

República ist seit Juli aufgrund „revolutionärer Legalität" erschienen. Im Mai 1975 hatten die militanten Auseinandersetzungen zwischen dem Herausgeber Raul Rego, einem PS-Mann, und den Arbeitern und Redakteuren begonnen, als die Arbeiter den Herausgeber, den Direktor und fast alle rechte Redakteure rausschmissen,die damit endeten, daß das COPCON intervenierte und unter dem Kommando von Oberst Dias Ferreira, der jetzt in Custóias inhaftiert ist, den Arbeitern die Zeitung am 10. Juli übergab. Der damalige Revolutionsrat hatte sich unentschieden verhalten. Weder für Rego und seinen Freund Soares, noch für die kämpfenden Arbeiter bezog er Stellung. Der Revolutionsrat nominierte angesichts der COPCON-Aktion einen Direktor und eine Verwaltungskommission, die aber innerhalb der Zeitung und deren politischer Bestimmung keine Rolle spielten.

Der alte Herausgeber, Raul Rego, weigerte sich diese Woche, mit seinen alten Feinden und "Besetzern" zu verhandeln. Der jetzige Revolutionsrat nimmt wiederum keine Stellung ein, nennt den Konflikt einen "Streit zwischen privatem Unternehmer und seinen Arbeitern." Der Revolutionsrat weigerte sich, eine Arbeiterdelegation der República zu empfangen. Die Arbeiter argumentieren, daß sich der Revolutionsrat selbst in Frage stellt, wenn er heute anders entscheidet als vor einem halben Jahr.

In der Belegschaft der República gibt es zu den Problemen der Weiterführung des Kampfes tiefe politische Differenzen, die zum Ausscheiden einiger Redakteure geführt haben.

aus:Portugal Nachrichten Nr. 17

"BABYLIFT" DEMNÄCHST ZURÜCK?

Washington (Guardian/LNS/ID)
26. November

Die Bemühungen, di[illegible] Vietnam in die USA [illegible]genen Kinder ('Babylift' s.ID 76) mit ihren Familien zu vereinigen, sind einen wichtigen Schritt weitergekommen. Ein Gremium aus 3 Richtern in San Francisco bestimmte, daß das US-Immigration and Naturalisation Service (Einwanderungsbehörde – INS), die Unterlagen der ausgeflogenen Kinder aus

Saigon - kurz vor Befreiung der Stadt - herausgeben müsse.

Der Beschluß kam zustande, nachdem zwei vom Gericht benannte Experten INS-Unterlagen von 25 zufällig ausgewählten Kinder untersuchten und herausfanden, daß 18 von ihnen illegal von privaten Adoptionsagenturen aus Vietnam verschoben wurden. In einigen Fällen gab es noch nicht einmal unterschriebene Zulassungsbestätigungen zur Adoption von den Eltern oder den Erziehungsberechtigten; in anderen Fällen hatten die Waisenheime diese Papiere unterschrieben, obwohl die Eltern noch lebten.

Das Zentrum für Verfassungsrechte (CCR), das diesen Fall vor Gericht brachte erklärte, daß viele der Kinder, die in Vietnam in Waisenheimen untergebracht waren, nur für bestimmte Zeit dort waren und regelmäßig von ihren Eltern besucht worden waren. Im Mai 1975 wurde die erste Klage eingereicht, die eine Wiedervereinigung der vietnamesischen Kinder mit ihren Eltern bewirken sollte. Die INS und sieben private Adoptionsvermittlungen sprachen sich dagegen aus, obwohl sich Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz, die Internationale Kinder-Wohlfahrtsliga und die UN-Flüchtlings-Kommission mit scharfen Erklärungen gegen den 'Babylift' wandten.

INS-Angestellte geben zu, daß sie nichts für eine Wiedervereinigung der Kinder mit ihren Eltern getan haben. An die Adoptiveltern haben sie Warnungen geschickt, daß die Kindern nur unter den Umständen nach Vietnam zurückmüßten, wenn dies vom Gericht entschieden wird.

Der Beschluss hatte ergeben, daß die INS alle Unterlagen an das CCR bis zum 20. November überreichen mußte, welches darauf den Plan zur Wiedervereinigung erstellen muß. Die UN, das Rote Kreuz, die Kinder-Wohlfahrtsliga und die revolutionäre Regierung von Südvietnam werden sich dafür einsetzen um ihn durchzuführen.

Obwohl alle Einwanderer in die USA von der INS photographiert werden und dort ihre Fingerabdrücke hinterlassen müssen, hat sich ergeben, daß sich die meisten Kinder dieser Prozedur nicht unterziehen mußten. Die US-Regierung kann nicht einmal die genaue Anzahl der in die USgebrachten Kinder angeben: die INS behauptet es wären 2000, die Agentur für internationale Entwicklung sagt 2700.

Die Adoptionsagenturen bestehen auf ihrem "Geschäftsgeheimnis" und machen gar keine Angaben. Bekannt ist inzwischen, daß die Agentur "Freunde der Kinder in Vietnam" fast 1000 Adoptionen vermittelt hat und von einem Adoptivelternpaar den "reduzierten Preis" von 8000 Dollar verlangt hat. Dadurch, daß die US-Regierung die Transportkosten bezahlt hat, freiwillige Krankenschwestern die Kinder in Militärbasen betreut haben und die Buchführungsarbeiten offensichtlich so niedrig wie möglich gehalten wurden, kann man annehmen, daß sich diese Agenturen enorm bereichert haben.

Dazu kommt, daß sich die Agenturen nicht genügend bemüht haben um die sozialen Hintergründe der neuen Eltern zu ermitteln.

Die traurige Bilanz: 2 Kinder wurden von ihren Eltern totgeschlagen; bei dem einen ist nicht einmal die zuständige Agentur zu ermitteln.

ERKLÄRUNGEN

ZUR BESETZUNG DER OPEC-VERSAMMLUNG

WIEN (ID) 21. Dezember Kommuniqué des Kommandos der „Bewegung der arabischen Revolution", die wichtigsten Auszüge nach „el moudjahid" vom 23.12.75.

Die Bewegung des Arms der arabischen Revolution" betont, daß die arabische Sache einschließlich der palästinensischen Frage und der damit verbundenen Konsequenzen, Gegenstand eines einschneidenden Komplotts ist, der die Existenz des Zionismus in unserem Land für rechtmäßig erklären will und die Teilung, die Schwächung und die Meinungsverschiedenheiten im arabischen Lager, besonders in den Ländern, die das besetzte arabische Gebiet umgeben, bestärken will. Das alles geschieht, um dem Staat der zionistischen Aggressiondie Ausführung seiner expansionistischen Pläne zu ermöglichen." ...

„Diese Pläne zielen außerdem darauf ab, den arabischen Widerstand und die arabische Solidarität zu zerschlagen und einen Staat zu schaffen, der leer, schwach, uneins und durch interfraktionelle Kämpfe geprägt ist und die psychologische und kämpferische Mobilisierung der arabischen Massen und ihrer bewaffneten Truppen gegen die Aggression zu zerschlagen. All dies gibt diesen Plänen die Chance, durch neue Mittel verwirklicht zu werden, die eine Kombination von wachsender militärischer Macht und politischer und ökonomischer Stärke ist. Dadurch werden wir direkt oder indirekt unter amrikanischen Einfluß gebracht, den die reaktionären, verräterischen und defätistischen Regime im arabischen Lager mitInbrunst ersehnen.

Diese Regimes haben angefangen, sich vor der wachsenden Stärke des palästinensischen Widerstandes als Avantgarde der totalen arabischen Revolution in Form des bewaffneten Volkskrieges zu fürchten. Sie fühlen sich bedroht von der zunehmenden Vereinheitlichungs- und Befreiungstendenz, die sich an dem ruhmreichen Oktober entzündet hat. Sie haben sich an ihre amerikanischen Herren gewandt und den größ ten Teil des Ölreichtums des arabischen Volkes als Preis für einen Plan verwendet, der sie vor ihrem Untergang bewahren soll. Die arabischen Massen sind sich der Konsequenz dieses furchtbaren Planes bewußt geworden, dessen wesentlichste Punkte folgende sind:

1. Zerschlagung der arabischen Solidarität, die sich während des Oktoberkrieges gezeigt hat — durch Einkreisung, Erstickung, ...führung, Verängstigung und durch das Abschneiden der Lebensmittelzufuhr von progressiven arabischen Staaten, vor allem Syrien.

2. Verstärkung der Spaltung zwischen progressiven arabischen Staaten und den plästinensischen Organisationen durch Einrichtung von zweifelhaften projekten, die dazu geeignet sind, den Konflikten und Kämpfen unter diesen Nahrung zu geben und die historische Möglichkeit der Vereinigung der Anstrengung in Richtung auf den Kampf zur Vereinheitlichung und Befreiung zunichte machen.

3. Behinderung der positiven Anstrengungen, die von einigen arabischen Staaten gemacht werden, um eine nationale Ölpolitik zu schaffen und zu festigen, die unseren Ölreichtum zu einer wirksamen Waffe macht im Kampf gegen zionistische imperialistische Pläne zur Ausbeutung und Beherrschung unserer Bodenschätze, unseres Willens und unserer (Selbst)-Bestimmung.

4. Grund von „Heiligen Allianzen" zwischen den reaktionären arabischen Regimes und ihren Komplizen, allen voran das iranische Regime, aktiver Agent des Imperialismus, um die erstarkenden arabischen Revolutionären Kräfte zu belagern und zu zerschlagen, die im arabischen Vaterland entstehen, vor allem in Dhofar, Sakiet el Hamra, Rio de Oro, Erythrea ... .

5. Das furchtbare Massaker im Libanon, dessen Ziele im wesentlichen folgende sind:

a) auf kurze Sicht: den plästinensischen Widerstand zu zerschlagen oder ihn einzuschränken, einzukreisen, dazu zu zwingen, Lösungen zu akzeptieren, wie: Kapitulation zum geringsten Preis, und einen wirksamen Kampf gegen das Komplott zu verhindern. Außerdem die große arabische Informationsplattform im Libanon zu zerstören, die dazu vorgesehen war, skandalöse Vorgänge zu denunzieren und zu verbreiten, und damit den arabischen Massen Anstöße zu geben, dagegen vorzugehen.

b) auf längere Sicht: Maßnahmen zur Erschöpfung und Schwächung der Länder, die den zionistischen Staat umgeben durch die Initiierung von Konfessionskriegen und — falls möglich— durch Einrichtung von Konfessionsstaaten, was den Interessen Israels und seinen Expansionsplänen im Kriegs- wie im Friedensfall entgegen käme.

6. Dieses Komplott, das von den zionistischen und imperialistischen Kräften vorbereitet und ansatzweise durchgeführt wurde, die Seite an Seite der Kapitulationsregimes stehen und von Sadat angeleitet und vorangetrieben werden, hätte keine Realisierungsmöglichkeit außer beim Fehlen einer entschiedenen Haltung der arabischen Massen. Und diese Massen in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit, der Erschöpfung und der Unentschiedenheit zuführen, haben sich diese arabischen Regimes zur Aufgabe gemacht."

Das Kommunique nennt „all jene, die negativ oder positiv darauf hinarbeiten, die zionistische Besetzung unseres Landes und

die imperialistische amerikanische Beherrschung unseres Schicksals anzuerkennen und zu vertiefen, (sind) Verräter. Wer auch immer Israel anerkennt oder einwilligt, mit ihm zu handeln oder zu verhandeln, ist ein Verräter und verdient, von den Massen, die sich für ihr Schicksal und für ihre Ehre erhoben haben, bestraft zu werden. Das Komplott ist schnell vorangekommen und man sieht, daß Sadat den anderen ein schlechtes Beispiel von Kapitulation und Verrat gibt. Währenddessen bereiten sich bestimmte arabische und palästinensische Teile darauf vor, seinem Beispiel zu folgen unter dem Deckmantel des „höheren Gebots" und trügerischer diplomatischer Erfolge."

*

Das Programm des „Arm der arabischen Revolution" enthält eine „Minimalplattform für ein Programm der nationalen Befreiung." Es besteht auf folgenden acht Punkten: (nach le Monde vom 23.12.75)

1. Respektierung der drei Prinzipien der arabischen Gipfelkonferenz in Karthoum: keine Verhandlungen, kein Vertrag und keine Anerkennung des und mit dem zionistischen Aggressor-Staat.
2. Ablehnung aller Kompromisse und politischer Pläne, die diesen Prinzipien wiedersprechen, Zurückweisung der Kapitulation und jeglicher Formulierung, die die Besetzung eines Teil des arabischen Landes rechtfertigt oder auch nur stillschweigend duldet.
3. Ablehnung des Friedensvertrages betreffs Sinai und der Öffnung des Suez-Kanals für die zionistische Wirtschaft, Forderung nach Annullierung dieses Vertrags, „um es der heroischen agyptisch-arabischen Armee zu ermögliche, ihre Siege des Oktober-Krieges fortzusetzen, indem sie einen totalen Befreiungskrieg Seite an Seite mit den Armeen der Nord-Ost-Front führt."
4. Ablehnung aller Versuche, die darauf abzielen, die arabischen Staaten und den palästinensichen Widerstand an den Verhandlungstisch in Genf oder sonstwo zu zwingen, sowie aller anderen Formen der Kapitulation.
5. Erklärung des „Prinzips der vollständigen Verfügung über den Öl- und Geldreichtum durch Verstaatlichung der Ölmonopole und Übergang zu einer nationalen Öl- und Finanzpolitik, die es dem arabischen Volk ermöglicht, seinen Reichtum für seine eigene Entwicklung, seinen Fortschritt, Wahrung seiner nationalen Interessen und Stärkung seiner Souveränität zu benutzen, sowie zur Unterstützung befreundeter Völker der Dritten Welt, um sie vor dem wirtschaftlichen Verfall zu retten, mit der einzigen Bedingung, daß den Ländern, die in der Konfrontation stehen und dem palästinensisohen Widerstand bei der Finanzierung Vorrang gegeben werden."
6. Erklärung eines „klaren Standpunktes bezüglich der dramatischen Auseinandersetzung im Libanon durch Verurteilung des konfessionellen Isolationismus-Komplotts, der neben verschiedenen anderen vor allem den Aspekt eines großen zionistischen amerikanischen Komplotts hat, und durch wirksame materielle und moralische Unterstützung für die nationalen arabisch-libanesischen Kräfte und den palästinensischen Widerstand, die für die Einheit des Libanon und seine nationale arabische Zugehörigkeit kämpfen."
7. Aufbau einer Nord-Ost-Front durch Syrien, den Irak und den palästinensischen Widerstand auf der Grundlage der Weigerung zum Kompromiß und der Stärkung des totalen Befreiungskrieges.
8. Wiederaufnahme des Weges zur arabischen Einheit, deren „Verwirklichung eine grundlegende Bedingung für die nationale Befreiung ist, durch Vereinigungsinitiativen zwischen den arabischen Staaten, die sich geographisch und politisch ergänzen, wie dem Irak und Syrien, den Staaten des arabischen Golfs, Nord- und Südjemen, Ägypten und Sudan, Libyen, Tunesien und Algerien."

SPENDENAUFRUF FÜR DIE KÄMPFENDEN BAUERN IN PERU

Hamburg (ID)
18. Dezember

An der peruanischen Nordküste, nahe der Stadt Chiclayo (und der Kooperative Tumán) liegt die indianische Dorfgemeinschaft (Comunidad Campesina) San Martin de Reque. Wie die meisten peruanischen Dorfgemeinschaften ist sie aus einer der schon in vorinkaischer Zeit entstandenen Lebens- und Arbeitskollektive hervorgegangen. Ihre Geschichte ist die Geschichte der ständigen Verdrängung und des Verlustes ihres gemeinschaftlich bebauten Bodens. Zuerst waren es die spanischen Kolonialherren, dann die traditionellen mittleren und großen Hacendados, die Kirche und seit der Jahrhundertwende vor allem die übermächtigen Zuckerhazienden. Da die Comunidad zudem im Einzugsgebiet der Großstadt Chiclayo liegt, wurde ein Teil ihrer Ländereien dem Wildwuchs der Slumviertel preisgegeben; auf einem anderen Teil wurde der Flughafen von Chiclayo errichtet.

Viele der Bewohner sind keine Bauern mehr, sondern sind Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbetreibende. Gemessen an der noch verbleibenden Landfläche ist der bäuerliche Teil der Bevölkerung jedoch ständig gewachsen. Da dieser Teil der Bevölkerung wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der unterentwickelten Industrie außerhalb der Dorfgemeinschaft keine Arbeit findet, steht sie vor dem Problem: immer weniger Land für immer mehr Menschen.

In jüngster Zeit hat sich diese Situation durch die Agrarreform von 1969 weiter zugespitzt. Durch die Agrarreform erfolgte die Umverteilung des Großgrundbesitzes von der landbesitzenden Oligarchie auf die neugegründeten Kooperativen, die von den festangestellten Arbeitern der früheren Haziender gebildet worden sind. Die Bewohner der Dorfgemeinschaften gingen dagegen leer aus. Seit ihrer Anerkennung als Dorfgemeinschaft im Jahre 1949 kämpft die Comunidad von Reque um ein 3.000 ha großes Gebiet, das ihr von der Kirche geraubt worden war und im Besitz des Bischofs von Chiclayo gewesen ist. Nach der Agrarreform hatten jedoch andere Pläne und übertrugen das Land an die neugebildete Kooperative Chacupe. Diese Kooperative ließ die Ländereien in Monte Grande mehr als zwei Jahre unbebaut, weil sich eine Bearbeitung für sie nicht lohnte. Für die Bauern von Reque, die sich auf der restlichen Fläche drängten und um ihre Existenz kämpften, war das eine Provokation.

Nach drei Jahren der Diskussion und Vorbereitung besetzten die Bauern von Reque daher am 7. Februar 1974 das Gebiet von Monte Grande. Der Staat versuchte zu Anfang, die Bewohner durch Einschüchterungen und Pressionen zur Rücknahme der Besetzung zu bewegen. Führende Männer der Dorfgemeinschaft wurden gefangengenommen, teilweise sogar gefoltert. Die Bauern waren auf diesen Angriff jedoch vorbereitet und hatten die umliegenden Dorfgemeinschaften rechtzeitig in ihren Kampf mit einbezogen. Sogar aus den benachbarten Elendsvierteln wuchs die Unterstützung täglich an. Die Regierung versuchte schließlich die Bauern durch Sperrung des Wassers – ohne Wasser ist ein Anbau nicht möglich – zum Rückzug zu zwingen. Dennoch gelang den Besetzern im September 1974 ein Teilerfolg. Sie dürfen monatlich 48 Stunden lang Wasser aus dem Hauptkanal entnehmen. Dies reicht aber nur für die Bewässerung von ca. 40 ha Boden. Das Ziel der Bauern ist es aber, mindestens 400 ha des nutzbaren Bodens von Monte Grande zu bebauen.

Die Bauern haben dieses Land nicht individuell aufgeteilt, sondern vier Produktionseinheiten (Unidades des Produción) gebildet, die den Anbau gemeinsam planen und durchführen. Sie haben große Anfangsschwierigkeiten überwunden, indem sie sich Getreide und Transportmittel zusammenliehen.

Die Hauptschwierigkeit bleibt die Beschaffung von Wasser, ohne das sie die bisherige Anbaufläche nicht ausdehnen können. Eine Wasserpumpe und ein Motor kosten etwa 200.000 Soles (rund 12.000 Mark). Die Bauern von Reque haben den schwierigen Versuch unternommen, ihre Probleme selbst kollektiv zu lösen. Gegenüber den vom kapitalistischen Standpunkt her verfallenden Kooperativen, deren Genossenschaftsmitglieder mehr und mehr verkleinbürgerlichen, bilden heute die kollektiven Landbesetzer den fortschrittlichsten Teil der Landbevölkerung. Außer in Reque fanden noch in anderen Teilen Perus derartige Landbesetzungen statt. Allein in Andahuaylas wurden 1974 70 Haziendas besetzt.

Damit den Bauern die ersten fruchtbaren Erfolge ihres Kampfes und ihrer Arbeit nicht buchstäblich wieder verdorren, benötigen sie vordringlich die Wasserpumpe. Bei deren Beschaffung kann ihnen eure Spende helfen.

Spenden überweist bitte auf das Postscheckkonto M. Kuhlmann, Hamburg, Nr. 3579 94–205 mit dem Stichwort 'Wasserpumpe'.

ERKLÄRUNG DER NORDDEUTSCHEN BÜRGERINITIATIVEN UND LEBENSSCHUTZVERBÄNDE AN DIE BEVÖLKERUNG

Brokdorf
5. Januar

Weil wir wissen:

— daß das geplante Atomkraftwerk Brokdorf und die übrigen schon bestehenden und noch geplanten Atomkraftwerke, ihr Atommüll und ihre künftigen Ruinen unser Land und unser Leben gefährden.

— daß der Betrieb des Atomkraftwerkes — und der nachfolgenden Industrie —, die Qualität der Luft, des Wassers und des Bodens und damit die Existenzgrundlage der Landwirtschaft und des mit ihr verbundenen Gewerbes zuerstört und die Betroffenen als billige Arbeitskräfte in die Fabrik gehen müssen.

— daß die Atomingenieure keinen Schutz bieten können gegen Verseuchung der Luft, die wir atmen, des Wassers, das wir trinken, der Pflanzen und Tiere, die wir essen.

— und weil wir nicht warten können, bis die Katastrophe da ist!

Weil wir sehen

— daß der Atomstrom teurer ist als herkömmliche Energiequellen und mit unserer Steuergeldern bezahlt wird.

— daß diese fahrlässigen Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nützen, die unsere Existenz für ihren Gewinn aufs Spiel setzen

— daß wir belogen werden mit Parolen wie „Atomstrom oder 1980 gehen uns die Lichter aus" und „entweder Fortschritt oder Umweltschutz". Fortschritt ist das, was uns nützt. Wir lassen uns nicht einen Fortschritt der Selbstzerstörung aufzwingen.

— daß die Kernkraftwerksspezialisten, von der Atomindustrie bezahlt, Illusionen verbreiten über „neue, saubere und sichere Arbeitsplätze", obwohl sie es besser wissen.

— und weil wir nicht warten können, bis diese Illusionen zerplatzen.

Weil wir gelernt haben,

— daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist. Sie ist aufgrund ihrer hohen Investitionen (18 Milliarden Steuergelder) derart von der Atomindustrie abhängig, daß sie schon selbst für Atomstrom Reklame macht.

— daß die Regierung von der Atomindustrie unabhängige Wissenschaftler abwertet, sie zwar bereit ist, die Bürgerinitiativen anzuhören, aber den Befürwortern der Atomindustrie recht gibt.

— daß sie ihre Pläne notfalls mit Gewalt und gegen den Protest von 31.000 Stimmen (in nur vier Wochen gesammelt) durchsetzen will.

— und weil wir nicht dulden, daß unser Recht derartig mißchtet wird.

Weil wir wissen,

— daß die Behörden uns und unsere Umwelt vor der Verseuchung nicht schützen können.

— daß die Erteilung der Baugenehmigung bevorsteht, ohne daß vorher alle erforderlichen Gutachten eingeholt werden.

— daß die von der Verwaltung angekündigten Maßnahmen (Katastrophenplan) die Gefahren nicht verhindern, sondern nur verbergen.

Weil wir sehen,

— daß Ärzte und Wissenschaftler immer wieder auf die Gefahren hinweisen, die von der Atomindustrie ausgehen.

— daß die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze den Interessen der Atomindustrie angepaßt werden (z.B. Strahlenschutzgesetz).

Wir haben gelernt:

— wenn die Rechtsmittel den Baubeginn nicht stoppen können und doch vollendete Tatsachen geschaffen werden, dann müssen wir unsere Rechte und Interessen selber vertreten.

— daß wir alle jetzt verantwortlich handeln und unsere Zukunft und die unserer Kinder verteidigen müssen.

DESHALB HABEN WIR BESCHLOSSEN:

den vorgesehenen Bauplatz für das Atomkraftwerk Brokdorf zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesem Unternehmen angetan wird, solange gewaltlosen Widerstand entgegenzusetzen, bis unsere Forderung „kein Atomkraftwerk in Brokdorf" erreicht ist. Das heißt nicht, daß wir es an einem anderen Platz befürworten.

Die Erklärung wird unterstützt:
Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Arbeitskreis KKW im Fachbereich Physik an der Uni Hamburg, Umweltschutz Schleswig-Holstein, Bürgeraktion Küste, Bürgerverein Bützfleth, Weltbund zum Schutze des Lebens (LV Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein), Bürgerinitiative Otterndorf, Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz Cuxhaven / Land Hadeln e.V..